

JÜDISCHE SOLDATEN IN DEUTSCHEN ARMEEN

DOKUMENTATION DER GLEICHNAMIGEN
TAGUNG IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM
BUND JÜDISCHER SOLDATEN (RJF)
UND DEM ZENTRALRAT DER JUDEN
IN DEUTSCHLAND

I
M

P
L
E
N
U
M

Andreas Kleine-Kraneburg (Hrsg.)

ISBN 978-3-938926-99-6

www.kas.de

ZENTRALRAT DER JUDEN IN
DEUTSCHLAND



Bei den hier abgedruckten Beiträgen handelt es sich um überarbeitete Reden, die im Rahmen der Tagung „Jüdische Soldaten in deutschen Armeen – Rückblick und aktuelle Situation“ in Zusammenarbeit mit dem Bund jüdischer Soldaten und dem Zentralrat der Juden in Deutschland“ am 18. und 19. November 2007 gehalten wurden.

BILDNACHWEIS:

Umschlagfoto:

General Wolfgang Schneiderhan auf der ersten Tagung des Bundes jüdischer Soldaten in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

© Konrad-Adenauer-Stiftung, Fotograf: Volker Schubert

Seite 4: Gidal-Bildarchiv im Salomon Ludwig Steinheim-Institut

Seiten 7, 11, 17, 29, 31, 37, 57:

Konrad-Adenauer-Stiftung, Fotograf: Henning Lüders

Seite 26: Bundesarchiv, Bild 102-10219, Foto o. Ang., 1930

Seite 47: Privatbesitz von Michael Fürst

Seite 57: beide Rhein-Sieg-Kreis/Gedenkstätte Landjuden

Seite 72: Standortkommando Berlin, Abteilung Informationsarbeit

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Zusammenstellung: Claudia Lange

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-99-6

INHALT

5 | EINLEITUNG

7 | GRUSSWORT

Wolfgang Schneiderhan

11 | DER BUND JÜDISCHER SOLDATEN – PFLEGE DES
ANDENKENS UND/ODER INTERESSENVERTRETUNG?

Michael Berger

17 | JUDE UND DEUTSCHER SOLDAT? –
JÜDISCHE IDENTITÄTSENTWÜRFE HEUTE

Gideon Römer-Hillebrecht

25 | LAUDATIO –
VERLEIHUNG DER BERNHARD-WEISS-MEDAILLE

Michael Berger

31 | GESCHICHTSBEWUSSTSEIN UND HISTORISCHE
VERANTWORTUNG DEUTSCHER SOLDATEN HEUTE

Bernhard Gertz

37 | JUDEN IN DEUTSCHEN ARMEEN –
TEIL MEINER FAMILIENGESCHICHTE

Michael Fürst

51 | JÜDISCHE SOLDATEN DES ERSTEN WELTKRIEGES
AUS DEM RHEIN-SIEG-KREIS

Michael Esser

59 | DER REICHSBUND JÜDISCHER FRONTSOLDATEN –
ABWEHRVEREIN ODER INTERESSENVERTRETUNG

Michael Berger

71 | ANTISEMITISMUS HEUTE – VERUNSICHERUNG
IN DEUTSCHLAND

Stephan J. Kramer

79 | AUTOREN UND HERAUSGEBER

80 | ANSPRECHPARTNER

EINLEITUNG

„Wer unsere besonderen Verpflichtungen gegenüber den Juden und dem Staate Israel verleugnen will, ist historisch und moralisch, aber auch politisch blind“ – dieser Satz Konrad Adenauers aus dem Jahre 1966 hat nichts von seiner Aktualität und Richtigkeit eingebüßt.

Am 18. und 19. November 2007 führten die Konrad-Adenauer-Stiftung, der Bund jüdischer Soldaten (RJF) e.V. und der Zentralrat der Juden in Deutschland die Tagung: „Jüdische Soldaten in deutschen Armeen – Rückblick und aktuelle Situation“ in Berlin durch.

Bis 1933 war das jüdische Leben – ungeachtet eines latent bestehenden Antisemitismus – ein integrativer Bestandteil des kulturellen, wissenschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland. Vieles von dem, was jüdische Mitbürger in der deutschen Geschichte mitgetragen, mitgeprägt und auch miterlitten haben, wie sie Teil dieser Geschichte und der Gesellschaft waren, ist in der Folge durch das unmenschliche und barbarische NS-Regime, ist durch den millionenfachen Mord, der von Deutschen und in deutschem Namen begangen wurde, zerstört, abgeschnitten oder verschüttet worden. Dazu zählt auch die Tatsache, dass Juden ganz selbstverständlich in deutschen Armeen gedient haben, damit nicht zuletzt ihre Verbundenheit zu ihrem Land, ja ihrer Heimat bekundet haben.

Jüdische Soldaten in einer deutschen Armee – das war vor 1933 nichts Ungewöhnliches. Zwölf Jahre später jedoch, nach dem durch die Nationalsozialisten entfachten Holocaust, war es kaum mehr vorstellbar.

Heute dienen wieder Soldaten jüdischen Glaubens in der Bundeswehr. Diese schlossen sich am 8. November 2006 zum „Bund jüdischer Soldaten“ zusammen, um auf die große Tradition hinzuweisen, in der Juden in deutschen Armeen stehen, aber auch um die Situation von jüdischen Bundeswehrangehörigen zu beleuchten.



Jüdische Soldaten beim Gottesdienst in einer Synagoge während des Ersten Weltkrieges.

Dieses ist wie auch vieles anderes ein hoffnungsvolles Zeichen für das Wiedererstarke jüdischen Lebens in Deutschland. Dabei hat Charlotte Knobloch, die Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, natürlich völlig Recht, wenn sie feststellt: „Jüdisches Leben in Deutschland impliziert mehr als die nüchterne Zahl der tatsächlich in Deutschland lebenden Juden. Es ist auch die Art und Weise, wie Juden und deren Belange im Bewusstsein und in der Vorstellung der Bevölkerung und im öffentlichen Leben verankert sind.“

Dem Erbe unseres Namensgebers verpflichtet, gehören die Versöhnung und die Verständigung mit den Juden, gehört der Dialog mit der jüdischen Welt national und international seit langem zu den Kernaufgaben der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Deshalb kam der Tagung „Jüdische Soldaten in deutschen Armeen“ auch ein besonderer Stellenwert zu. Die positive Resonanz auf dieselbe und die Beteiligung von Persönlichkeiten aus vielfältigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens unterstrichen die Bedeutung und Aktualität der Veranstaltung.

Wir haben uns deshalb auch zu einer Dokumentation der Tagung in Form der nun vorliegenden Publikation entschlossen.

Unser ausdrücklicher Dank gilt den beiden Kooperationspartnern, dem Bund jüdischer Soldaten und dem Zentralrat der Juden in Deutschland, für die konstruktive Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung der gemeinsamen Veranstaltung.

GRUSSWORT

ANLÄSSLICH DER ERSTEN TAGUNG DES BUNDES
JÜDISCHER SOLDATEN

Wolfgang Schneiderhan



*General Wolfgang
Schneiderhan,
Generalinspekteur
der Bundeswehr*

Fast auf den Tag genau vor einem Jahr haben Soldaten der Bundeswehr diesen Bund, der die Tradition der jüdischen Frontkämpferorganisationen fortsetzt, neu gegründet. Diese Neugründung hat Hoffnung und Zuversicht gegeben, denn sie belegt, dass der Holocaust eben nicht das Ende jüdischen Lebens in Deutschland gewesen ist. Unverändert bereichern Mitbürger mosaischen Glaubens das geistige und kulturelle Leben in Deutschland – und dies mit wachsender Kraft.

Der ehemalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde hat das Verbrechen des Staates an seinen jüdischen Bürgern einmal als einen „Bürgerverrat“ bezeichnet. Neben dem Verbrechen selbst sei es der treulose Verrat am Mitbürger gewesen, der die eigentliche Schande der Judenverfolgung ausmache.

Bürger mosaischen Glaubens, die in den deutschen Armeen gedient hatten, mussten erleben, dass ihnen die Anerkennung für ihren Dienst und ihr Opfer vom Vaterland verweigert wurde, obwohl sie zum Teil mit hohen Kriegsauszeichnungen dekoriert worden waren. Wie der jüdische Staatsbürger in Zivil wurde auch der jüdische Staatsbürger in Uniform geschmäht und seiner Bürgerrechte beraubt. Das

Trauma dieser Entrechtung großer und wichtiger Bevölkerungsteile in deutschem Namen ist Teil des gemeinsamen gesellschaftlichen Gedächtnisses der Deutschen und ihrer Streitkräfte geworden.

Angesichts unserer kollektiven Scham sowie manch aktueller und bedenklicher rechtsextremer Tendenzen in unserem Land ist das Anliegen des Bundes jüdischer Soldaten für unser Gemeinwesen von so besonderer Bedeutung: Das Andenken an die jüdischen Soldaten zu bewahren, die in den deutschen Armeen gedient haben und für ihr Vaterland kämpften und starben.

Neben diesem zutiefst humanen Anliegen, macht der Bund jüdischer Soldaten darüber hinaus durch seine schiere Existenz noch eine zusätzliche, immanente politische Aussage. Er bejaht die Frage, ob Juden angesichts der Verbrechen, die ihnen durch Deutsche angetan wurden, überhaupt in Deutschland leben könnten. Ja mehr noch, der Bund macht deutlich, dass Juden heute sogar wieder bereit sind, Deutschland bewusst zu dienen.

Deutsche jüdischen Glaubens, die Uniform tragen, das ist für viele sicherlich ein schmerzlicher und schwer verständlicher Anblick. Verkörperte sich doch das Unheil und das Leid, das während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft die jüdischen Bürgerinnen und Bürger heimsuchte, in Gestalt deutscher Uniformen. Wenn heute dennoch junge deutsche Juden sich zum Dienst in der Bundeswehr verpflichten, so ist dies deshalb ein starkes und hoffnungsvolles Signal. Es steht für zweierlei:

Es setzt ein Zeichen dafür, dass der angesprochene Bürgerverrat und die moralische Schuld ihrer Mitbürger keine unüberwindbare Hürde mehr für die heutige jüdische Bevölkerung darstellt, ihrem deutschen Vaterland zu dienen. Und es belegt, dass die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer freiheitlich demokratischen Grundordnung und dank ihres aufrichtigen Bemühens, die Vergangenheit nicht zu verdrängen, sondern sich ihr zu stellen, es wert ist, geschützt und verteidigt zu werden.

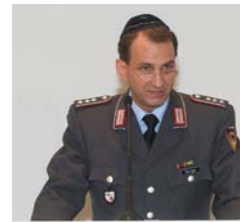
Wir wollen, dass die bitteren und beschämenden Lehren deutscher Vergangenheit nicht vergessen oder verdrängt werden. Wir wollen sie vielmehr weiter tragen in einen Staat mit seinen Streitkräften, in denen die Würde des Menschen das höchste Gut ist.

Dazu trägt der Bund jüdischer Soldaten bei und deshalb wünsche ich Ihrer Tagung und Ihrer Arbeit zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes Erfolg und Gottes Segen.

DER BUND JÜDISCHER SOLDATEN

PFLEGE DES ANDENKENS UND/ODER INTERESSENVERTRETUNG?

Michael Berger



 Konrad-Adenauer-Stiftung

*Hauptmann Michael Berger,
Vorsitzender des Bundes
jüdischer Soldaten (RJF)*

Als Vorsitzender des Bundes jüdischer Soldaten begrüße ich Sie zu der Tagung mit dem Thema „Jüdische Soldaten in Deutschen Armeen – Rückblick und aktuelle Situation“, ein gemeinsames Projekt der Konrad-Adenauer-Stiftung, des Zentralrates der Juden in Deutschland und des Bundes jüdischer Soldaten. Erstmals in der Geschichte der Bundeswehr werden sich jüdische Soldaten, Vertreter der militärischen Führung und des Bundeswehrverbandes, des Zentralrates der Juden und der Orthodoxen Rabbinerkonferenz gemeinsam einem Thema zuwenden, dass vor der Zeit des Nazi-Regimes zum Alltag im deutschen Militär gehörte: Juden als deutsche Soldaten.

Das heutige Thema „Jüdische Soldaten in deutschen Armeen“ ist nicht nur den jüdischen Soldaten in der Bundeswehr ein wichtiges Anliegen, sondern auch Bestandteil der Traditionspflege der Bundeswehr. Zugleich lassen sich gerade an diesem Thema der Irrsinn nationalsozialistischer Ideologie und der Bruch in dem deutsch-jüdischen Verhältnis besonders gut herausarbeiten. Das zwiespältige Verhältnis vieler Juden in Deutschland zur Bundeswehr liegt begründet auch und gerade im ehrenrührigen Umgang mit ver-

dienten jüdischen Soldaten durch das Nazi-Regime und vor allem in der dann folgenden Ermordung oder Vertreibung in der Shoa.

Angesichts der heute mehrheitlich aus osteuropäischen Ländern stammenden Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Deutschland gilt es, die ohne Frage vorhandenen Vorbehalte auch gegen eine aktive Teilnahme von Juden am Wehrdienst in der Bundeswehr ernst zu nehmen. In vielen Köpfen steckt nicht nur die Frage „Was hat es diesen loyalen Staatsbürgern genutzt, dass sie als Frontsoldaten tapfer für Deutschland gekämpft haben?“, zumal diese Frage angstvoll in die Zukunft verweist. Mehr noch bestimmt die innere Einstellung die unauslöschliche Erinnerung an die Kriegsverbrechen der Wehrmacht in ihren Herkunftsländern.

Dass die Bundeswehr als eine Armee der Demokratie nicht mit der Wehrmacht gleichzusetzen ist und sich aus Soldaten aus gut achtzig unterschiedlichen Herkunftsländern zusammensetzt, ist bei vielen jüdischen Mitbürgern daher zwar verstandesmäßig, aber nicht unbedingt emotional zu erfassen. Diese vor dem Hintergrund der Shoa zu begreifenden und allzu verständlichen Gefühle nahm ich in vielen Gesprächen wahr, letztendlich fordert diese Tatsache uns, die sich diesem Thema nähern, zu besonderer Feinfühligkeit im Umgang auf.

Die Vertreter der militärischen Führung der Bundeswehr betonen durch Ihre Anwesenheit nicht nur, dass ihnen diese Bemühungen um die Pflege der Tradition und des Andenkens wichtig sind, sondern stärken uns jüdische Soldaten auch in dem Gefühl, dass die Bundeswehr hinter uns und unseren Belangen steht. Ohne Rückhalt durch die militärische Führung würden wir oft relativ alleine stehen, zumal eine kleine Gruppe leicht als Randgruppe wahrgenommen wird, deren Anliegen im täglichen Geschäft untergehen. Aber gerade die Geschichte verpflichtet aus meiner Sicht die Bundeswehr, hier deutlich Flagge zu zeigen und durch aktives Eintreten den Bruch mit dem Ungeist der Nazibarbarei zu dokumentieren.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November vor 69 Jahren brannten in Deutschland Hunderte von Synagogen, jüdische Geschäfte wurden geplündert und zerstört. In den Ausschreitungen der Pogromnacht und der folgenden Tage wurden jüdische Bürger von den Nazihorden durch die Straßen gejagt, verletzt und ermordet. Unmittelbar danach verschleppten die Nazis mehr als 20.000 Juden in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen. Am 9. November 1938 hatte begonnen, was in Auschwitz endete: Die Ermordung der europäischen Juden.

Angesichts der Aussichtslosigkeit der Lage stellten alle jüdischen Organisationen nach der Pogromnacht ihre Arbeit ein, so auch der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, den jüdische Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges in den Jahren 1919/20 als jüdischen Soldatenbund gegründet hatten. Erste und zentrale Aufgabe des Bundes war die Wahrung der Ehre des jüdischen Frontsoldaten. So wurde durch gezielte Aufklärung in Form von Kundgebungen, Flugblättern und Büchern, die den Nachweis des Einsatzes jüdischer Soldaten lieferten, den antisemitischen Agitatoren der Wind aus den Segeln genommen. Gleichzeitig bot man den ehemaligen jüdischen Soldaten eine „Heimat“ und unterstützte sie auch bei Bedarf in sozialen Fragen.

Der gesamte Reichsbund hatte im Zeitraum seines Bestehens stets zwischen 30.000 und 40.000 Mitglieder, der Verband vertrat also mehr als die Hälfte der überlebenden jüdischen Frontsoldaten.

Neben der seit 1921 von der Bundesleitung herausgegebenen Verbandszeitschrift *Der Schild* erbrachte der RJF in Flugschriften und Büchern den Nachweis des Einsatzes jüdischer Soldaten im Weltkrieg. Darüber hinaus wurde auf Bundesebene und in den Ortsgruppen durch Gedenkveranstaltungen das Andenken der im Krieg gefallenen jüdischen Kameraden geehrt.

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Januar 1933 begann für den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten der verzweifelte Kampf um die Ehre und die Rechte der jüdischen Soldaten des Ersten Weltkrieges, ein hoffnungsloser Kampf gegen Entrechtung und Verfolgung. Die gesetzliche Ausgrenzung der Juden begann mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums am 7. April 1933 und führte über das Gesetz zur Wiedereinführung der Wehrpflicht vom März und das Reichsbürgergesetz vom September 1935 zu einem vollständigen Ausschluss der deutschen Juden sowohl vom Wehrdienst als auch von den Rechten als Staatsbürger.

Mit den Gesetzen des Jahres 1935 waren auch die Voraussetzungen für die Politik des Reichsbundes weggefallen, der bald darauf seine Aktivitäten auf die Betreuung der jüdischen Kriegsoffer einschränken musste. Die jüdischen Frontkämpfer, die im Verlauf des Novemberpogroms verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt worden waren, wurden wegen ihrer Frontkämpfereigenschaften wieder entlassen. Viele von ih-

nen wurden jedoch später erneut in Vernichtungslager verschleppt und dort ermordet.

Am 8. November 2006, am Vorabend des 68. Jahrestages der Pogromnacht gründete die Gruppe der jüdischen Soldaten in der Bundeswehr den Bund jüdischer Soldaten. Wir, die Mitglieder des Bundes jüdischer Soldaten, widmen unsere Arbeit in erster Linie der Bewahrung des Andenkens an die jüdischen Soldaten, die in den Armeen der deutschen Staaten, der Armee des Kaiserreiches und der Weimarer Republik dienten, die in den Kriegen des 19. Jahrhunderts und vor allem im Ersten Weltkrieg für Deutschland kämpften und ihr Leben ließen.

Es ist uns ein besonderes Anliegen, an das Schicksal der ehemaligen jüdischen Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges und ihrer Familien in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu erinnern. Damit will der Bund jüdischer Soldaten einen Beitrag leisten zu der seit Jahrzehnten von der Führung der Bundeswehr gepflegten Tradition der Erinnerung an die Geschichte der jüdischen Soldaten.

Stellvertretend nenne ich hier das 1961 auf Initiative des damaligen Verteidigungsministers und späteren bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß neu aufgelegte Buch *Kriegsbriefe gefallener deutscher Juden* – die Kriegsbriefe wurden erstmals 1935 im Auftrag des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten herausgegeben. Franz Josef Strauß hatte damit den Grundstein gelegt für einen neuen und unverzichtbaren Bestandteil der Traditionspflege in der Bundeswehr: die Geschichte deutscher jüdischer Soldaten, die Würdigung ihrer Leistungen für Deutschland und die Erinnerung an ihren Leidensweg in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Das von Minister Strauß für die Neuauflage verfasste, zutiefst bewegende Geleitwort ist beispielloses Zeugnis eines Politikers der Nachkriegszeit, der sich schon damals und auch weiterhin konsequent gegen Nazismus und Antisemitismus engagierte. Ihm ist es als einem der ersten zu verdanken, dass die von den Nazis geschändete Ehre jüdischer Soldaten wiederhergestellt wurde.

Als weitere Beispiele für die Pflege des Andenkens an die jüdischen Soldaten folgten die Benennungen von Bundeswehrkasernen mit den Namen jüdischer Soldaten des Ersten Weltkrieges sowie zwei vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt durch jahrelange Forschungsarbeit erstellte Ausstellungen zur Geschichte jüdischer Soldaten.

Zu dieser Tradition gehört auch die jährlich im Rahmen des Volkstrauertages durch den Generalinspekteur der Bundeswehr und den Zentralrat der Juden durchgeführte Kranzniederlegung auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee – heute morgen legte der Bund jüdischer Soldaten im Rahmen dieser Gedenkveranstaltung erstmals einen Kranz am Ehrenmal der im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten nieder – sowie der Einsatz von aktiven Soldaten und Reservisten bei der Pflege jüdischer Friedhöfe – hier möchte ich die Arbeit Aktiver und Reservisten des Standortkommando Berlin besonders hervorheben.

Das Terrorregime der Nazis führte zur fast vollständigen Vernichtung des deutschen Judentums mit seiner besonderen Geschichte. Dass ein Teil der deutsch-jüdischen Geschichte, der Militärdienst jüdischer Soldaten in deutschen Armeen, weiterlebt, ist auch der Führung der Bundeswehr und ihrem Bemühen um die Pflege und Bewahrung dieser Geschichte zu verdanken.

Mit der Kranzniederlegung und der Tagung tritt der Bund jüdischer Soldaten in das zweite Jahr seines Bestehens. Dieses Jubiläum fordert einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Die Gründung des Bundes wurde begleitet von einer positiven Resonanz sowohl in der Bundeswehr als auch in der jüdischen Gemeinschaft. Schon in den ersten Wochen nach der Gründung konnten wir zahlreiche Neueintritte verzeichnen, so dass die Zahl unserer Mitglieder den zweistelligen Bereich erreichte, weit mehr als die zuvor „offizielle“ Anzahl jüdischer Soldaten in der Bundeswehr.

Ein so unerwarteter Erfolg war, insbesondere für unseren Kreis der Gründungsmitglieder, die Bestätigung, mit der Gründung des Bundes, als erster jüdischer Soldatenbund seit der durch die Nationalsozialisten im November 1938 erzwungenen Auflösung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, eine richtige und auch zukunftsweisende Entscheidung getroffen zu haben. Durch die Kontaktaufnahme zu Vertretern der jüdischen Gemeinschaft in den englischen und niederländischen Streitkräften öffneten sich neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des Erfahrungsaustausches.

Neben der Teilnahme an Gedenkveranstaltungen, die Erinnerung und Gedenken an die jüdischen Gefallenen der deutschen Kriege zum Inhalt hatten, konnten unsere Mitglieder in zahlreichen Weiterbildungen vor einem interessierten Publikum in und außerhalb der Bundeswehr vortra-

gen. Darüber hinaus konnte der Bund jüdischer Soldaten seinen Beitrag leisten zur Erforschung und Dokumentation der Geschichte jüdischer Soldaten sowie der Dokumentation des Schicksals der jüdischen Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges und ihrer Familien in der Zeit der Nazidiktatur.

Die Darstellung der Geschichte und militärischen Leistungen jüdischer Soldaten in deutschen Armeen ist zugleich zu verstehen als Beitrag gegen antisemitische Angriffe insbesondere auf die Ehre der jüdischen Soldaten. Die ersten Ergebnisse dieser Forschungsarbeit wurden zusammen mit aktuellen Themen in der ersten Ausgabe unserer Vereinszeitschrift *Der Schild* veröffentlicht.

Auch gelang es uns in Treffen mit Vertretern des Zentralrats, die Position unseres Bundes im Gesamtkontext Bundeswehr und jüdische Gemeinschaft darzustellen und zu orientieren. Die mögliche Aufgabe als Austauschplattform zwischen der jüdischen Gemeinschaft und der Bundeswehr betrachtet der Bund jüdischer Soldaten als besondere Herausforderung, keinesfalls jedoch – dies möchte ich mich Nachdruck feststellen – steht unsere Arbeit in irgendeinem Zusammenhang mit der Idee, für den Dienst in der Bundeswehr zu werben.

Dennoch – das zarte Pflänzchen „Jüdische Soldaten in der Bundeswehr“ wird trotz aller Verdienste der Bundeswehr um Integration und eindeutigem, in der Demokratie verhaftetem Traditionsverständnis ein Pflänzchen sein, das – will man auch im Militär Integration jüdischer Mitbürger erreichen – gepflegt werden muss. Genau aus diesem Grunde ist auch zu konstatieren, dass Juden in einer demokratisch legitimierten und durchwirkten sowie kontrollierten deutschen Armee wieder ohne Ängste dienen können sowie inzwischen ihren Dienst versehen.

JUDE UND DEUTSCHER SOLDAT?

JÜDISCHE IDENTITÄTSENTWÜRFE HEUTE

Gideon Römer-Hillebrecht



*Gideon Römer-Hillebrecht,
Oberstleutnant i.G.*

Mit der Gründung des Bundes Jüdischer Soldaten im November 2006 wurde einer breiten jüdischen wie nicht-jüdischen Öffentlichkeit deutlich, dass mehr als sechzig Jahre nach Ende der Shoa (Holocaust) wieder Juden aktiv in einer deutschen Armee dienen. Obwohl mit dem Landesvorsitzenden der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen, Michael Fürst, schon 1966 bis 1968 ein Jude zum Reserveoffizier der Bundeswehr ausgebildet worden war, stellte dieses Thema jahrzehntelang angesichts der verschwindend geringen Anzahl jüdischer Soldaten allenfalls eine Fußnote in der Berichterstattung der Medien dar.

Die Erkenntnis, dass anscheinend vermehrt jüdische Mitbürger Vertrauen in die Institution „Bundeswehr“ gewinnen und auch zum Dienst in ihr bereit sind, führte zu durchweg positiven Kommentaren bis hin zu Aufmunterungen nach einem noch stärkeren Engagement seitens der demokratischen Parteien, Verbände und Kommentatoren der Presse. Besonders der Deutsche Bundeswehrverband als Interessenvertretung deutscher Soldaten und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge unterstützten direkt die Vereinsgründung.

Absehbar waren die rechtsextremen Stellungnahmen in den einschlägigen Foren: Vom Wunsch, die Taliban sollten viel „Waidmanns-Heil“ bei in Afghanistan eingesetzten jüdischen Bundeswehrsoldaten haben, bis hin zu Beschimpfungen der durch die „Innere Führung“ schon genug „judaisierten“ Bundeswehr reichte das Spektrum. Natürlich durfte die Vermutung nicht fehlen, Juden würden durch die „verweichlichte“, vor der „jüdischen Presse strammstehende“ Bundeswehrführung besondere Vorteile gewährt.

Kann man nun davon ausgehen, dass junge Juden in Scharen zur Bundeswehr kommen? Ist der Dienst in der Bundeswehr ein Modell mit erheblichem Entwicklungspotenzial für die Zukunft? Tatsache ist, dass jüdische Bundeswehrangehörige sich subjektiv noch oftmals „zwischen allen Stühlen“ fühlen.

Einerseits haben sie sich mit ihren religiös-kulturellen, ethnischen Besonderheiten in eine funktional ausgerichtete Parlamentsarmee einzufügen. Hier ist aufgrund der geschützten Religionsfreiheit aus eigener Erfahrung wie in anderen Armeen der westlichen Welt selbst ein neo-orthodoxer Lebensstil möglich und mit dem Dienst vereinbar. Erfahrungen mit der langjährig erprobten Integration jüdischer Soldaten aus anderen Armeen mit über die Dekaden hinweg größeren jüdischen Anteilen und einer entsprechend ungebrochenen Tradition (etwa britische oder US-Streitkräfte, Kanada) sind allerdings nur bedingt oder gar nicht auf den geringen Erfahrungsschatz der Bundeswehr übertragbar.

Nach dem Zivilisationsbruch „Shoa“ und einer kleinen, bis Anfang der 1990er Jahre schrumpfenden jüdischen Gemeinde in Deutschland fanden wohl nur sehr wenige Juden den Weg in die Bundeswehr. Der jüdische Bundeswehrsoldat muss sich darauf einstellen, dass ihm gegenüber als Angehöriger einer kleinen, meist nicht vertraute „ethnic identity“ eher anfängliche Berührungängste bestehen. Manche Vorgesetzte sind verständlicherweise mangels Erfahrung mit „dem“ Judentum zunächst handlungsunsicher.

Die Bereitschaft, auf den jüdischen Kameraden zuzugehen, ist jedoch durchweg vorhanden und sollte auch aktiv angenommen werden, da vertieftes Wissen über „das“ Judentum generell und die individuell gewählte, persönliche jüdische Lebensführung des Einzelnen nicht vorausgesetzt werden kann. Insoweit besteht eine gewisse „Bringschuld“ des

jüdischen Soldaten, will er seine Rechte durchgesetzt wissen, da der Vorgesetzte etwa Speisegesetze oder das Arbeitsverbot am Shabbat oft nur „erahnen“ kann.

Der verantwortungsbewusste Vorgesetzte wird im Rahmen der Vorschriften, des Auftrags und eines zielorientierten Dienstbetriebes alles tun, um die persönlichen Rechte der jüdischen Soldaten zu wahren. Eine persönliche Affinität zum Judentum – wie man es etwa aus der Gemeindearbeit von Kontakten mit interessierten Nichtjuden kennt – kann und sollte man nicht erwarten. Erwarten darf man jedoch, dass die religiöse Überzeugung und gegebenenfalls damit einhergehende Besonderheiten respektiert werden, ohne dass man als belastender (Stör-)Faktor in der Auftragsbefreiung bewertet wird.

Der durchschnittliche, wertegestützte Vorgesetzte wird den jüdischen Kameraden als Bereicherung und Ausdruck einer eben nicht-homogenen Armee in einer pluralistischen Gesellschaft begrüßen. Die Zeiten, in denen eine unüberbrückbare Kluft zwischen Judentum und moderner Kultur herbeidefiniert wurde, und es ein ungeschriebenes Gesetz war, dass Juden, um „echte“ deutsche Soldaten werden zu können, die Welt des Talmuds hinter sich lassen mussten, ist unwiederbringlich vorbei.

Andererseits trifft der jüdische Soldat oft auf inner-jüdische Vorbehalte gegenüber seinem Entschluss, Soldat der Bundeswehr zu werden. Dies mögen Juden im Ausland oft unkritischer oder im Kontext einer demokratischen Mitgestaltung des deutschen Staates sehen – so forderte Rabbiner Kenneth Leinwand, ehemaliger USAREUR Chaplain, im persönlichen Gespräch im Jahr 2000 mit mir, dass gerade in Deutschland in allen Institutionen Juden den gesellschaftlichen Prozess aktiv mitgestalten sollten.

In der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland war und ist die Wehrpflicht als Aspekt deutscher Staatsbürgerpflichten angesichts der traumatischen Erfahrungen mit deutschem Militär im NS-Regime und den Erfahrungen zuvor für viele eher ein „Unthema“. Man blickt auf die bekannte lange Geschichte der nie erwiderten jüdischen Vaterlandsliebe für Deutschland zurück: Im Befreiungskampf gegen Napoleon versprach man den Juden alle Bürgerrechte, ohne sie nachher zu gewähren. Es ging soweit, dass die Witwen der 55 gefallenen jüdischen Artilleristen aus der Schlacht von Belle Alliance keine Rente bekamen. Im Deutsch-Französischen Krieg von

1870/71 wurde jüdischer Patriotismus als „jüdische Anmaßung“ diffamiert. Die Kämpfer des Ersten Weltkrieges mussten eine „Judenprüfung“ über sich ergehen lassen, da man den deutschen Juden Feigheit vor der Front vorwarf und wenige Jahre später mussten auch sie emigrieren oder wurden ermordet.

In Erinnerung daran, wie in der Vergangenheit jüdische Soldaten und Offiziere behandelt wurden, setzte sich der Zentralrat der Juden erfolgreich dafür ein, dass gemäß Wehrpflichtgesetz junge Juden als Nachfahren von Verfolgten des Naziregimes bis in die dritte Generation nicht zum Dienst in der deutschen Armee verpflichtet werden. Die verständliche Absage an die Form von Anpassungsbemühungen der Ur-/Großvätergeneration und das erlittene, erschreckende Leid vieler Familien in der Shoa impliziert auch heute noch für viele Juden eine zu respektierende Entscheidung gegen den Dienst in der Bundeswehr, auch wenn die Bundeswehr mit dieser Tradition erfolgreich gebrochen hat und für ein demokratisches Deutschland steht. Hinzukommt, dass nach dem Krieg nur wenige „deutschstämmige“ Juden in Deutschland verblieben und die Gemeinden vor allem von Juden aus Osteuropa wiederaufgebaut wurden, die meist keinen direkten familiären Bezug zum erheblichen jüdischen Engagement in deutschen Armeen in der Vorzeit hatten.

Einige empfanden und empfinden sich als Teil einer „staatenlosen Diasporagemeinde“, die – wenn überhaupt - in der nationalen, d.h. der israelischen Armee dienen sollten. Zur Bundeswehr bestand für viele nach dem Krieg in Deutschland verbliebenen oder gestrandeten Juden bestenfalls kein emotionaler Bezug. Einzelne fragten nach dem obligatorischen Erhalt von Musterungsbescheiden, so auch die Erfahrung von Michael Fürst, ob ihre Söhne nun zur „Wehrmacht“ müssten.

Die jüngsten Erfahrungen haben den Mitgliedern des Bundes jüdischer Soldaten gezeigt, dass sie natürlich als Projektionsfläche für die Identitätssuche und -probleme vieler deutscher Juden dienen und dienen werden. Wir sind hier oft nicht gerade charmanten verbalen Angriffen ausgesetzt. Für die Juden in Deutschland, die ihren persönlichen Spagat zwischen ihrem Leben in Deutschland, aus ihren Augen vor allem das Land der Täter, und ihrer Verweigerung gegenüber einer wie immer gearteten Symbiose „mit den Deutschen“ nur mühsam ausbalanciert haben, ist die Gründung eines „Bundes jüdischer Soldaten“ ein Affront, ein erneuter Versuch jüdischen „Hurra-Patriotismus“, der die angebliche klare

Trennlinie zwischen jüdischem Mikrokosmos und Täterland zu weit überschreitet.

Gleiches gilt etwa für die zaghaften jüdischen Versuche politischer Teilhabe, wie z.B. dem Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokraten. Als Beispiel für eine derartige Kritik mag eine unerhörte, logisch zunächst nicht nachvollziehbare Gleichsetzung jüdischer Teilhabe am staatlichen Leben und Paktieren mit Neonazis dienen. In einem Essay über Juden, die mit Neonazis oder Islamisten aus oft obskuren Motiven einen wie immer auch gearteten, aber natürlich vergeblichen Dialog suchen, schrieb Henryk M. Broder am 4. November 2007 in *Spiegel-Online* eingangs: „Es kommt wieder Leben in die Sülze. Die deutsch-jüdische Symbiose, lange als ‚jüdisches Selbstgespräch‘ verlacht, nimmt erneut Gestalt an. Seit kurzem gibt es einen ‚Arbeitskreis jüdischer Sozialdemokraten‘ in der SPD, auf ihrem Hamburger Parteitag hat sich die SPD nicht nur zur Pendlerpauschale, sondern auch zu ihren jüdischen Wurzeln bekannt, schon vor einem Jahr wurde der ‚Bund jüdischer Soldaten‘ neu ins Leben gerufen, der die Tradition des ‚Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten‘ fortsetzen möchte, der 1919 gegründet und 1938 von den Nazis aufgelöst wurde. Und in der jüngsten Ausgabe des Magazins ‚Vanity Fair‘ spricht Michel Friedman mit Horst Mahler.“

Die erste Frage, die sich für einen neutralen Beobachter stellt, ist: Was hat eine parteipolitische Betätigung oder der Dienst in der Bundeswehr mit den Besuchen von Antizionisten in Teheran oder einem Interview mit Neonazis zu tun? Ich möchte mich hier nicht mit dem genialen Zyniker und von mir durchaus geschätzten Autor Broder auseinandersetzen. Ich möchte auch nicht darüber urteilen, ob Herr Friedman einem unbelehrbaren Neonazi eine Plattform geboten hat.

Ich möchte erstens hervorheben, dass unser Bund jüdischer Soldaten eben nicht in der ungebrochenen Tradition eines nationalistischen deutsch-jüdischen Patriotismus steht, der in der Demokratie „Bundesrepublik Deutschland“ auch keinen Platz hat. Für mich ist zweitens die oft unausgegorene Kritik an jeglicher jüdischer Teilhabe am deutschen Staat ein eindeutiges Zeichen, dass das eigene Staatsbürgerverständnis vieler Juden nach wie vor emotional hoch aufgeladen ist, obwohl oder gerade weil sie in Deutschland leben. Unter diesem Blickwinkel wird auch zunächst unverständliche Kritik verständlich und kann eingeordnet werden. Sie entzieht sich damit aber der Bewertung durch ein geschichtsloses, die Vergangenheit negierendes Staatsbürgerverständnis.

Der Staatsbürger mit seinen Rechten und Pflichten, ob in Uniform oder nicht, ist keine neutrale, verfassungsrechtlich allein zu fassende Kategorie. Das wird gerade dann deutlich, wenn Juden andererseits von Rechtsextremen jegliches Recht zur Teilhabe an unserem Gemeinwesen abgesprochen wird oder rechtsnationale Kreise die abstruse Vorstellung einer kulturell-normativ gleichgeschalteten Gesellschaft vertreten, in der ein guter Jude nur derjenige ist, der völlig assimiliert ist.

Die Definitionen der eigenen jüdischen Identität sowie des Staatsbürgerverständnisses und damit auch die Begründungen für oder gegen einen Wehrdienst in Deutschland waren, sind und werden vielfältig bleiben: Bezugnehmend auf den religiösen Zionismus oder Pazifismus bis hin zum Verständnis des Judentums als Kulturnation reichen individuelle Identitätskonstruktionen, die ein Leben in Deutschland nach der Shoa als möglich und zugleich eine aktive Teilnahme am deutschen Wehrdienst als absurd begründen.

Aber, es gibt ebenso das andere Ende vom Kontinuum: Auch das von Gerschom Scholem kritisierte Bild von „Juden ohne Judentum“ – Juden, die sich lediglich als Teil der deutschen Kultur auffassten, bevor sie 1933 ihres Jüdischseins unfreiwillig erinnert wurden – ist bis heute (auch in der Bundeswehr) anzutreffen. Letztendlich ist jeder Jude für die Definition seines „Judeseins“ im Kontext seines Staatsbürgerverständnisses und damit auch für die Entscheidung für einen Dienst in der Bundeswehr selbst verantwortlich.

Derzeit steht einerseits eine größere und in der Prognose stetig wachsende Anzahl an jungen Juden ganz praktisch vor der persönlichen Entscheidung, wie definiere ich mich als deutscher Jude und wo bzw. mache ich überhaupt einen Wehrdienst. Andererseits sollte man die in vielen Familien und damit auch in den Gemeinden auch emotional vorhandenen Vorbehalte gegen einen Wehrdienst in Deutschland als Hintergrund für die individuelle Entscheidungsfindung nicht unterschätzen.

Eine Entscheidung für einen Wehrdienst oder gar eine Soldatenlaufbahn in Deutschland betrifft noch immer auch die durch die Shoa tief geprägten Gefühlswelten anderer Familien- und/oder Gemeindeglieder. Ein Werben um deutsche Juden für den Dienst in der Bundeswehr verbietet sich daher von selber. „Rational“, d.h. von einem eher religionsphilosophischen Standpunkt aus, sind übrigens beide Optionen – für und gegen die

Bundeswehr – gut begründbar, da auch die Religion zwischen religiösem Zionismus und talmudischer Aufforderung, dem König im Lande (außerhalb einer jüdischen Staatlichkeit) zu dienen, einen persönlichen Interpretations- und Entscheidungsspielraum lässt. Dem jüdischen Volk sind auch aus einer eher kultursoziologischen Perspektive innerhalb des durch die Thora vorgegebenen, gründungstiftenden Dreiklangs von Volk – Thora (Religion) – Land und dem Volksverständnis als Bund vor/mit dem Schöpfer und untereinander viele, auch nur Einzelaspekte berücksichtigende und areligiöse Identitätskonstruktionsmöglichkeiten eröffnet. Kein Jude kann aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden, selbst wenn er als „Sünder“ eine andere Religion annimmt oder sich als areligiöser „Kultur“- oder „Nationaljude“ bezeichnet. Im Ringen um die „richtige“ Positionsbestimmung jüdischer Identität wird in einer für Nichtjuden zeitweise undurchschaubaren Streitkultur oft die Gegenposition als Projektionsfläche für die eigene „Modernität“ oder den religiös begründeten Alleinvertretungsanspruch benutzt. Innerhalb dieser sehr kontrovers, letztendlich seit antiken Zeiten geführten und wohl nie endenden Diskussion sollte zukünftig die Randfrage, ob Juden zur Bundeswehr gehen sollten, nicht dahingehend instrumentalisiert werden, um zu „entscheiden“, wer der „bessere“ Jude oder „Staatsbürger“ ist. Letztendlich war Vielfalt in der Einheit – in Deutschland repräsentiert durch den Zentralrat und die Einheitsgemeinden – immer eine Stärke des Judentums, das seit antiken Zeiten unterschiedlichste religiöse und auch politische Strömungen kennt.

Mehrheitlich dürften sich die heutigen, jungen Juden einig in der Absage an die (eindeutig gescheiterten) Assimilierungsbemühungen der Vorkriegsgenerationen in Deutschland sein, zumal sie meist von diesen Juden nicht abstammen und von sich aus die Frage stellen, wie der Fortbestand einer eigenen jüdischen Identität in einer nichtjüdischen deutschen Gesellschaft gelingen kann.

Sie haben mehrere „Lebensstile“ und leben ihr „Judesein“ in vielen gesellschaftlichen Bereichen, in der Regel nicht nur in einem jüdischen Mikrokosmos. Hierbei stellt sich die Frage nach einer Wahrnehmung der Wehrpflicht in Deutschland nur vordergründig. Die dahinter stehende Frage ist letztendlich die Frage möglicher jüdischer Identitäten in Deutschland: Inwieweit muss, kann und darf der Jude auch anders sein und dennoch deutscher Staatsbürger und etwa deutscher Soldat werden bzw. bleiben? Eine Frage, die insbesondere für die Heranwachsenden

unter den knapp 200.000 Kontingentflüchtlingen aus der früheren Sowjetunion gilt, die inzwischen in Deutschland zu Hause und die nicht unbedingt Nachkommen von Verfolgten des NS-Regimes sind. Damit wird die Frage aber auch zu einer Frage, wie die deutsche Mehrheitsgesellschaft für sich die Herausforderung der Integration nicht-deutscher Gemeinschaften und dort formulierter heterogener Identitäten begreift und annimmt. Diese Herausforderung wurde zuletzt – darauf macht der Münchner Historiker Michael Brenner aufmerksam – im Kontext der Neuregelung des Staatsbürgerrechts und der Diskussion um eine deutsche Leitkultur sowie dem Umgang mit dem islamischen Gesellschaftsanteil allzu deutlich.

Die Mitglieder des Bundes jüdischer Soldaten haben sich zum Dienst in der Bundeswehr entschlossen, weil sie dem Staat und seiner Institution Bundeswehr vertrauen und als deutsche Staatsbürger sowie Soldaten eine Zukunft sehen. Die Aufgabe des Bundes jüdischer Soldaten wird es sein, vornehmlich das Andenken an die gefallenen jüdischen Soldaten aufrechtzuerhalten und so einen bescheidenen Beitrag zur Pflege eines durch Brüche und Shoa gekennzeichneten Traditionsbezugs der Bundeswehr beizutragen – auch um den wieder um sich greifenden Antisemitismus entgegenzutreten. Jeder Jude in der Bundeswehr, der im aktiven Dienst ist oder war – gleich welcher Identitätsvorstellung und Ausrichtung – ist dabei willkommen, denn es gilt: Das Judentum hat viele Gesichter. Ob sich langfristig ein jüdisches Modell „für die Bundeswehr“ durchsetzt, hängt auch von der Mehrheitsgesellschaft ab.

LAUDATIO

VERLEIHUNG DER BERNHARD-WEISS-MEDAILLE FÜR
VERSTÄNDIGUNG UND TOLERANZ AN OBERST BERNHARD GERTZ

Michael Berger

Bernhard Weiß, preußischer Jude und Offizier, Rittmeister der Reserve, Berliner Polizeivizepräsident, einer der bekanntesten Persönlichkeiten der späten Weimarer Republik, vor allem bekannt durch seinen erfolgreichen Kampf gegen Joseph Goebbels und seine braunen Horden. Was erinnert an diesen außergewöhnlichen Mann und seinen unerschrockenen Einsatz für Recht und Ordnung, für den Erhalt der noch jungen Demokratie der Weimarer Republik? Einem Polizeipräsidenten widmet die Nachwelt keine Hymnen. Selbst begeisterte Anhänger Preußens singen ihm kein Lobeslied. Sie rühmen mit Vorliebe „die Ordnung“, die er hinterließ und vergessen dabei den, der diese Ordnung schuf und aufrecht erhielt. So geriet auch Person und Wirken von Bernhard Weiß in Vergessenheit.

Dr. Bernhard Weiß wurde 1880 in eine wohlhabende Berliner Familie geboren. Er wuchs in einer durch traditionelles Judentum geprägten Atmosphäre auf, besuchte das französische Gymnasium und studierte anschließend Jura. Auch Bernhard Weiß musste, um Reserveoffizier und Amtsrichter werden zu können, in das etwas liberalere Bayern ausweichen, da das viel stärker antisemitisch geprägte preußische Offizierkorps nach wie vor keine Juden zur Laufbahn der Reserveoffiziere zuließ.



Dr. Bernhard Weiß
(1880-1951)

Seine Offiziersakte aus dem Ersten Weltkrieg ist ein Zeugnis beispielloser Tapferkeit und hervorragender Führungsqualitäten. Stets an der Front eingesetzt, nahm er an zahlreichen Schlachten und Stellungskämpfen teil, erhielt das Eiserne Kreuz erster und zweiter Klasse sowie fünf weitere Orden und avancierte zum Rittmeister, war eingesetzt als Kompaniechef und wurde sogar stellvertretender Bataillonskommandeur. Diese Karriere ist umso bemerkenswerter angesichts der jüdenfeindlichen Ressentiments und Benachteiligungen, denen jüdische Soldaten üblicherweise und vor allem dann ausgesetzt waren, wenn sie zur Beförderung anstanden.

So einzigartig die militärische Laufbahn des Bernhard Weiß bereits war, sie sollte auf anderem Gebiet ihre Fortsetzung finden. Der preußische Innenminister Bill Drews ernannte Weiß im Juni 1918 zum stellvertretenden Chef der Kripo im Polizeipräsidium Berlin. Damit war Bernhard Weiß der erste ungetaufte Jude im Innenministerium. Von 1919 bis 1924 leitete er im Polizeipräsidium die Abteilung I A, die so genannte Politische Polizei.

In dieser Zeit sammelte Bernhard Weiß wertvolle Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit linken und rechten Extremisten. Er erkannte die Schwächen der noch jungen Republik und die Gefahr, der die neue Demokratie angesichts der Aggressivität der radikalen Parteien und Gruppierungen, vor allem von rechts, ausgesetzt war. Nach einer kurzen Zeit als Chef der Kripo wurde er 1927 Polizeivizepräsident.

Er war der Initiator für die Einführung neuer demokratischer Prinzipien im Verhältnis zwischen Obrigkeit, in diesem Falle Polizei, und dem Bürger. Bernhard Weiß schuf zusammen mit dem Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski und dem Kommandeur der Schutzpolizei Heimannsberg ein neues Konzept im Umgang mit der Bevölkerung – die Polizei als „Helfer und Freund“.

Seine Ernennung zum Polizeivizepräsidenten fiel zusammen mit dem Zeitpunkt, als die Nazis unter ihrem Anführer Goebbels die ersten Vorbe-

reitungen trafen, die Hauptstadt zu erobern. Bollwerk und Organisator der Verteidigung gegen die Nazihorden war Bernhard Weiß. Mit allen Mitteln des Rechtsstaates versuchte er, die braunen Schlägertrupps in die Schranken zu weisen. Eine seiner ersten Maßnahmen war ein Verbot der NSDAP. Die Auseinandersetzungen zwischen Bernhard Weiß, dem hoch dekorierten Frontoffizier, hohen Repräsentanten der Ordnungsmacht, gebildeten und kultivierten Juden aus wohlhabender, traditionell jüdischer Familie und dem aus kleinen Verhältnissen stammenden Goebbels, der noch nicht einmal gedient hatte, waren berühmt im Berlin der späten 1920er Jahre.

Bernhard Weiß gewann alle Kämpfe, da er die Mittel des Rechtsstaates kannte und anwendete. Goebbels griff auf die bewährten Instrumente der Schmutz- und Verleumdungspropaganda zurück, indem er den alten antisemitischen Spottnamen „Isidor“ aufgriff und benutzte, um Weiß zu treffen und zu verspotten. Der Name Isidor und damit verbundene Beschimpfungen waren fester Bestandteil sowohl seines republikfeindlichen und antisemitischen Schmutzblattes *Der Angriff* als auch seiner Reden vor Gleichgesinnten.

Bernhard Weiß wehrte sich mit den Mitteln des Rechtsstaates. Insgesamt dreizehn Mal musste Goebbels allein wegen der Beschimpfung „Isidor“ vor Gericht und verlor jeden Prozess. Einmal wurde er sogar verhaftet, um dem Gericht vorgeführt zu werden.

Diese Beschimpfungen, waren sie noch so dumm und primitiv, verfehlten jedoch ihre Wirkung bei den Massen nicht. Wie war sonst die zunehmende Zahl an Menschen zu erklären, die den Nazis zuströmten? Nachdem am 20. Juli 1932 mit Berlin die letzte Bastion der Republik fiel, wurden Bernhard Weiß, der Polizeipräsident Albert Grzesinski und der Kommandeur der Schutzpolizei Magnus Heimannsberg abgesetzt und verhaftet. Grzesinski, Weiß und Heimannsberg wurden am nächsten Tag wieder in Freiheit gesetzt, nachdem sie unterschrieben hatten, dass sie auf die Fortführung ihrer Amtsgeschäfte verzichteten.

Bis zuletzt trat Bernhard Weiß für die Ideale von Demokratie und Rechtsstaat ein und wurde zum Vorbild für alle deutschen Juden im Kampf gegen Unterdrückung und Verfolgung. „Je mehr man uns angreift, desto lebendiger und kraftvoller wollen wir aufrechten, selbstbewussten deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens uns zur Wehr setzen, vor allem

aber sachlich und unerschrocken für das Wohl der Volksgemeinschaft unsere Pflicht erfüllen, jeder an dem Platz, an den das Schicksal ihn gestellt hat.“

Nach der Machtübernahme durch die Nazis im Januar 1933 gelangte Bernhard Weiß in einer abenteuerlichen Flucht quer durch Europa schließlich nach London. Dort baute er sich mit der Gründung einer kleinen Druckerei eine bescheidene Existenz auf. Nach dem Krieg bat ihn Ernst Reuter, beim Wiederaufbau der Berliner Polizei mitzuwirken. Doch Bernhard Weiß, an Krebs erkrankt, musste ablehnen. Im Juli 1951 kurz vor seinem 72. Geburtstag starb Bernhard Weiß in London. Unmittelbar vor seinem Tod erreichte ihn aus Deutschland die Nachricht über seine Wiedereinbürgerung.

Lassen Sie mich nun erklären, warum der Bund jüdischer Soldaten anlässlich des ersten Jahrestages der Gründung die Bernhard-Weiß-Medaille gestiftet hat und welche Persönlichkeiten damit ausgezeichnet werden. Der Namensgeber der Medaille, Dr. Bernhard Weiß, war ein Mann der Gegensätze, ein Jude, geprägt von preußischen Tugenden, klein von Statur, groß im verantwortlichen Handeln und ein überzeugter Demokrat.

Kein anderer hat den aufkommenden Nationalsozialismus in der Weimarer Republik so energisch bekämpft wie der „Vipoprä“ – so nannten ihn liebevoll die Berliner – Bernhard Weiß, der Mann, der Joseph Goebbels jagte. An diesen großen Mann und Demokraten wollen wir erinnern, sein selbstloses Eintreten für Demokratie und Rechtsstaat wird zum Symbol, er selbst zum Vorbild, nicht nur für Juden, nicht nur für uns jüdische Soldaten, sondern für jeden, der bereit ist, für die Demokratie in unserem Lande einzustehen und dafür auch Opfer zu bringen und vor allem denjenigen entgegenzutreten, die demokratische Prinzipien mit Stiefeln treten.

Mit der Bernhard-Weiß-Medaille sollen Angehörige der Bundeswehr oder mit ihr in besonderer Beziehung stehende Personen geehrt werden, die sich auf herausragende Weise für die jüdische Traditionspflege sowie Toleranz und Verständigung zwischen den unterschiedlichen Kulturen und Religionen eingesetzt bzw. couragiert gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit Stellung bezogen haben.

Die Medaille soll zukünftig auch, aber nicht nur an herausgehobene Repräsentanten verliehen werden, sondern ebenso an so genannte Durchschnittsbürger bzw. -soldaten, die ohne im Fokus der Öffentlichkeit zu stehen, Signale setzen und mit großem Einsatz und unter persönlichen Opfern für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit Stellung beziehen.

Meine Damen und Herren, es ist für mich eine große Ehre und zugleich besondere Freude, die erste Verleihung der Bernhard-Weiß-Medaille an *Herrn Oberst Bernhard Gertz, den Bundesvorsitzenden des Bundeswehr-Verbandes* bekannt geben und zugleich auch durchführen zu dürfen.



Verleihung der Bernhard-Weiß-Medaille an den Bundesvorsitzenden des Bundeswehrverbandes Oberst Bernhard Gertz durch den Vorsitzenden des Bundes jüdischer Soldaten Hauptmann Michael Berger

Oberst Bernhard Gertz ist seit 1993 Bundesvorsitzender des Bundeswehrverbandes – im Jahre 2005 wurde er zum vierten Mal wieder gewählt, seit 1994 ist er Mitglied des Beirates für Fragen der Inneren Führung beim Bundesminister der Verteidigung, Vorsitzender der Karl-Theodor-Molinari und der Heinz-Volland-Stiftung, Präsident der Europäischen Organisation Militärischer Verbände, um nur einige seiner zahlreichen Aufgaben zu nennen.

Eines haben all diese Aufgaben gemeinsam, sie stehen im Dienste des Wohles des Soldaten, des Menschen. Vor allem in seiner Eigenschaft als Mitglied des Beirates für Fragen der Inneren Führung und als Bundesvorsitzender des Bundeswehrverbandes war er ein zäher und daher erfolgreicher Kämpfer für die Rechte des Soldaten und setzte dabei vieles durch auch gegen den Widerstand der militärischen und politischen Führung.

Dabei haben Sie sich, Herr Oberst, so glaube ich, zwar manchen Feind gemacht, doch auch sehr viel gewonnen, den Respekt, die Anerkennung und den Dank der großen Masse der Soldaten der Bundeswehr. Sie waren stets engagierter Befürworter des freiheitlichen und pluralistischen Charakters der Bundeswehr. Dabei setzten Sie sich für die Belange von Minderheiten innerhalb der Bundeswehr, auch für die der jüdischen Soldaten ein und haben die bisherige Arbeit des Bundes jüdischer Soldaten maßgeblich unterstützt.

Sie, verehrter Herr Oberst Gertz, sind engagierter Sachwalter und Verteidiger der Grundsätze Toleranz und Verständigung in der Bundeswehr. Stets bezogen Sie couragiert Stellung gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in der Gesellschaft, aber auch in der Bundeswehr. Wortführern falsch verstandener Tradition und Repräsentanten des ewig Gestrigen traten Sie entgegen.

Dies waren auch die Prinzipien und Grundsätze, die Dr. Bernhard Weiß vertrat, die Werte, für die er kämpfte, und die zerstörerischen Elemente, die er bekämpfte.

Ist die Ähnlichkeit des Vornamens ein Zufall? So tragen sowohl Namensgeber als auch Preisträger den Namen Bernhard, von Bär – das Synonym für Kraft, Stärke und eisernen Willen. In Ihnen, Herr Oberst, vereinigen sich aufs Beste wichtige Merkmale der Person und des Wirkens von Bernhard Weiß. Inhaltlich verbindet den Preisträger mit dem Namensgeber auch das Engagement für das Judentum, für die Belange der jüdischen Soldaten. In allen diesen Eigenschaften halten Sie, Herr Oberst Gertz, die Anliegen von Dr. Bernhard Weiß lebendig. Ihr Zeugnis und Beispiel sind für uns heute Anregung und Verpflichtung.

GESCHICHTSBEWUSSTSEIN UND HISTORISCHE VERANTWORTUNG DEUTSCHER SOLDATEN

Bernhard Gertz



Konrad-Adenauer-Stiftung

*Oberst Bernhard Gertz,
Bundesvorsitzender des
Deutschen Bundeswehr-
Verbandes*

I.

Die Soldaten der Bundeswehr sind darauf verpflichtet, das „Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Zentraler Ankerpunkt der zu schützenden Rechtsordnung ist dabei der Grundrechtskatalog des Grundgesetzes, der Schutz der Menschenwürde oberstes Gebot.

Nach 52 Jahren Bundeswehr – übrigens eine nicht unbedeutende Zeitspanne, die weder die beiden Vorgängerarmeen zusammen noch die des Kaiserreichs von 1871 erreicht haben – darf man feststellen, dass dies nicht nur geschriebenes Recht, sondern auch gelebte Praxis darstellt.

Die Bundeswehr hat sich seit 1955 als stabiler Pfeiler der verfassungsrechtlichen Ordnung erwiesen. Der Respekt ihrer Soldaten vor dem Primat der Politik wird von niemandem in Zweifel gezogen. Die Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft, die noch 1955 aus nachvollziehbaren Gründen zu großen Teilen die Wieder-

bewaffnung ablehnte (wie z.B. die SPD und die Gewerkschaften), ist für meine Begriffe – aus damaliger Perspektive – überraschend gut gelungen, auch wenn – anders als etwa in Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten – das Bekenntnis unserer Gesellschaft zu ihren Streitkräften immer noch von historischen Belastungen des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Militär beeinflusst wird.

II.

Die Integration ist vor allem deshalb gelungen, weil durch die Konzeption der Inneren Führung mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform erstmals in der deutschen Geschichte Soldaten nicht in erster Linie als Befehlsempfänger, sondern als Grundrechtsträger definiert werden, die in der Ausübung einiger ihrer Grundrechte nur ganz ausnahmsweise Beschränkungen unterliegen, während andere – wie zum Beispiel das Grundrecht der Koalitionsfreiheit – in vollem Umfang gewährleistet sind.

Das Bild vom deutschen Soldaten als das eines verantwortungsbewussten Staatsbürgers, der sich als integriertes Glied einer demokratisch verfassten, pluralistischen Gesellschaft versteht, der sich mit der jüngeren deutschen Geschichte intensiv befasst und deshalb Vorbilder und Traditionslinien nicht in Streitkräften sucht, die einer verbrecherischen politischen Führung gedient haben, hat der von manchen Zeitgenossen befürchteten Auseinanderentwicklung der Wertvorstellungen in der Armee einerseits und der Gesellschaft andererseits entgegengewirkt. Dabei war auch besonders hilfreich, dass die Bundeswehr über Jahrzehnte durch die aufgrund der Allgemeinen Wehrpflicht eingezogenen Grundwehrdienstleistenden immer wieder gezwungen wurde, sich mit den Wertvorstellungen der jungen Generation auseinanderzusetzen. Wo die Drohung „Wenn Sie nicht spüren, fliegen Sie!“ nicht funktioniert, müssen Vorgesetzte überzeugen – eine Anstrengung, die ihnen gut tut.

III.

Der Deutsche Bundeswehrverband hat sich seit seiner Gründung 1955 ohne Wenn und Aber zur Konzeption der Inneren Führung und zur Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft bekannt. Aufgabe des Verbandes ist es, die materiellen und ideellen Interessen deutscher Soldaten gegenüber Regierung, Parlament und Gesellschaft zu vertreten. Wer das erfolgreich tun will, muss selbst seinen Standort in der Gesellschaft fin-

den – und zwar am besten in der Mitte und nicht etwa an deren Rand. Deshalb ist für den Deutschen Bundeswehrverband selbstverständlich, dass er sich sowohl an der Diskussion über die ethischen und moralischen Grundlagen des Soldatenberufes als auch an der sicherheitspolitischen Debatte in unserem Lande beteiligt.

Dazu gehört auch und gerade das Themenfeld „Bundeswehr und Tradition“. Der Bundeswehrverband ist nicht zuletzt deshalb in einer besonderen Verpflichtung, weil seine Gründung im Jahre 1956 von Angehörigen der Gründergeneration der Bundeswehr initiiert wurde, die mehrheitlich in der Wehrmacht gedient hatten. Das waren Männer, wie der Weltkriegsmajor und Ritterkreuzträger Karl-Theodor Molinari, die aus Krieg und Gefangenschaft zurückgekehrt waren mit der festen Überzeugung, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Nach Kriegsende in Zivilberufen tätig und in demokratischen Parteien politisch aktiv, traten sie 1955 in die neuen Streitkräfte ein, um ihren Beitrag zum Aufbau einer Armee in der Demokratie zu leisten.

Diese Soldaten sind zwar kein institutionelles, wohl aber ein persönliches Bindeglied zwischen einer Armee, deren Führung und deren Soldaten in Teilen an völkerrechts- und menschenrechtswidrigen Taten beteiligt gewesen sind und der Bundeswehr, die konzeptionell als Gegenentwurf geplant war und die insbesondere die Fähigkeit erlangen sollte, sich nicht zur Begehung solcher Taten missbrauchen lassen zu können.

IV.

Der Bundeswehrverband tritt deshalb konsequent für einen hohen Standard der politischen Bildung unserer Soldaten ein und legt besonderen Wert auf die historische Bildung der Offiziere und Unteroffiziere als eine wesentliche Grundlage ihres beruflichen Selbstverständnisses. Nur diejenigen, die sich mit der jüngeren deutschen Geschichte umfassend auseinandergesetzt haben, denen die Rolle der Institution Wehrmacht und die Rolle ihrer Soldaten im Zweiten Weltkrieg klar geworden ist, können verstehen, warum zwischen Wehrmacht und der Bundeswehr keine Traditionslinie besteht.

Der Deutsche Bundeswehrverband hat sich zu allen damit zusammenhängenden Fragen immer wieder unmissverständlich geäußert, etwa Mitte der 1990er Jahre zu Kasernennamen wie der Dietl-Kaserne in

Füssen. Ich selbst habe damals im Verbandsmagazin *Die Bundeswehr* in einem Leitartikel zum Ausdruck gebracht, dass eine Armee, die sich für ihre Tradition auf die preußischen Reformer und die Männer und Frauen des deutschen Widerstandes gegen Hitler beruft, keine Kaserne nach einem General benennen kann, der von Hitler anlässlich seiner Beisetzung als „fanatischer Nationalsozialist“ gewürdigt worden war.

Im Jahre 1999 hat das Bildungswerk des Deutschen Bundeswehrverbandes, die Karl-Theodor-Molinari-Stiftung, in Bonn ein „Forum Innere Führung“ zum Thema „Bundeswehr und Tradition“ durchgeführt, das in Band 7 der Schriftenreihe *Forum Innere Führung* im Nomos-Verlag dokumentiert ist.

Ich habe damals betont, dass die Frage, was für die Bundeswehr traditionsbildend sein könne, nicht ausschließlich mit der Anknüpfung an die preußischen Reformer und den Widerstand gegen Hitler beantwortet werden könne. Man müsse sich vielmehr bei der Ausfüllung des Begriffes Tradition auch fragen, „welche Bestandteile der deutschen Militärgeschichte im Bewusstsein deutscher Soldaten... ganz besonders sichtbar gemacht werden müssen, damit das Bild der deutschen Militärgeschichte nicht sektoral, sondern vollständig aufgenommen wird mit ihren Höhen und Tiefen.“

Deshalb ist der Deutsche Bundeswehrverband in der öffentlichen Debatte über die erste Version der Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht von 1941 bis 1944“ auch dafür eingetreten, dass Soldaten diese Ausstellung besuchen, und zwar am besten in Uniform, und sich mit ihr auseinandersetzen. Ich erinnere mich an sehr fruchtbare Podiumsdiskussionen dazu mit Ignatz Bubis und Jan Philipp Reemtsma. Ich selbst habe die Ausstellung in der Paulskirche in Frankfurt natürlich (in Uniform) besucht und damit versucht, ein Zeichen zu setzen. Nicht alle Kameraden der Bundeswehr oder gar der ehemaligen Wehrmacht haben damals meine Art der Auseinandersetzung mit den Aussagen der Ausstellung verstehen wollen oder können. Inzwischen halte ich es für zulässig, auch hier ein weitgehendes, ehrliches und selbstkritisches Umdenken konstatieren zu dürfen.

V.

Wir alle sind uns des Versagens der Wehrmachtführung, von Einheiten und Soldaten der Wehrmacht im gegen die Sowjetunion als Vernichtungs-

krieg geführten „Unternehmen Barbarossa“ und auch der Mittäterrolle von Teilen der Wehrmacht bei der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten bewusst. Die Wehrmachtsführung hatte zudem vorher die Chance, das Hitlerregime zu beseitigen, nutzte sie jedoch nicht. Ausdruck des Versagens ist auch, dass weder die militärische Führung der Wehrmacht noch ihre Soldaten sich ausdrücklich und schützend vor ihre jüdischen Kameraden und deren Familien gestellt haben.

Dieses kommt einem ehrabschneidenden Verrat an der für alle Soldaten eigentlich selbstverständlichen – und diesen Beruf ausmachenden – Kameradschaft gleich. Die Behandlung der Kameraden jüdischen Glaubens durch die Nazis hätte eigentlich allen den soldatischen Werten verpflichteten Angehörigen der Reichswehr bzw. der Wehrmacht die Augen öffnen müssen. Das war weitgehend nicht der Fall. Das gibt Anlass zur Scham.

Trotzdem neigen wir nicht zu Pauschalurteilen. Wie unser früherer Generalinspekteur Ulrich de Maizière glauben wir, dass „die Soldaten der Wehrmacht, die aus ihrer damals begrenzten Kenntnis der Vorgänge heraus bona fide ehrenhaft gehandelt und tapfer gekämpft haben“, unseren Respekt verdienen.

Wir zählen deshalb natürlich auch nicht zu denen, die militärische Tugenden wie Gehorsam, Tapferkeit, Opferbereitschaft, Kameradschaft und Disziplin gern abqualifizieren. Die entscheidende Messlatte für ihren Wert ist jedoch die Frage, wofür sie eingesetzt worden sind. Militärische Leistungen im Zweiten Weltkrieg müssen deshalb immer im historisch-politischen Kontext gewürdigt werden – eine „wertneutrale“ Heldenverehrung scheidet aus.

VI.

Wer auf die Werteordnung des Grundgesetzes verpflichtet ist und sich als deutscher Soldat – und damit als Teil der ausführenden Gewalt, als Exponent des staatlichen Gewaltmonopols – des Versagens und der Verstrickung der Vorgängerarmee bewusst ist, muss konsequent für die Wahrung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eintreten. Dazu zählt für uns die Verpflichtung, allem engagiert entgegenzuwirken, was auch nur im Ansatz zu Entwicklungen beitragen könnte wie jenen, die das Scheitern der Weimarer Demokratie und das Abrutschen in die NS-Diktatur gefördert haben. Auch wenn öffentliche und mediale Aufmerk-

samkeit manchem lästig sind und vielleicht auch nicht immer als verhältnismäßig erscheinen, müssen wir es uns gefallen lassen, auf den Prüfstand gestellt zu werden. Die Gesellschaft hat ein Recht darauf, sich davon zu überzeugen, dass politische Extremisten, dass Neonazis in unserer Armee keinen Platz haben und dass wir alles tun, sie am Zugang zu hindern.

VII.

Für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie für unsere Kameraden jüdischen Glaubens tragen wir eine besondere Verantwortung. Ihnen gegenüber können wir keine persönliche Schuld empfinden, wohl aber die aus der Scham über einen deutschen Staat, der Antisemitismus und Judenvernichtung zum Staatsziel erhob, gewachsene Verpflichtung, unsere jüdischen Mitbürger unter einen besonderen Schutz der staatlichen Ordnung und unserer Gesellschaft zu stellen.

Dabei wollen wir nicht vergessen machen, welche Verbrechen an Juden im Namen des Deutschen Reiches und von uns Deutschen begangen wurden, sondern die Überzeugung fördern, dass sich Vergleichbares in Deutschland nie mehr wiederholen darf und kann.

VIII.

Als wir von der Absicht erfuhren, den Bund jüdischer Soldaten zu gründen, haben wir das ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Hauptmann Berger weiß, dass er den Deutschen Bundeswehrverband auch weiterhin immer an seiner Seite finden wird. Ich begrüße ausdrücklich das Ziel des Bundes, unserer Gesellschaft zu verdeutlichen, welches Schicksal die jüdischen Frontsoldaten des Ersten Weltkrieges und ihre Familien in der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erlitten haben.

Wir wissen ziemlich gut, welche Herausforderung darin liegt, als relativ kleine Gruppe von aktiven, dienstlich stark in Anspruch genommenen Soldaten eine solche Organisation zu gründen, planmäßig zu entwickeln und nach nur kurzer Zeit des Bestehens eine Veranstaltung wie diese auf die Beine zu stellen. Sie, lieber Herr Hauptmann Berger und Ihre Vorstandskameraden genießen deshalb meinen höchsten Respekt. Ich wünsche Ihnen und uns ein erfolgreiches Wirken des Bundes, denn Ihr Erfolg ist ein weiterer zentraler Baustein für eine gelungene und vollendete Integration der Bundeswehr in unsere Gesellschaft.

„JUDEN IN DEUTSCHEN ARMEEN – TEIL MEINER FAMILIENGESCHICHTE“

Michael Fürst



*Michael Fürst,
Ehrevorsitzender des
Bundes jüdischer Soldaten
(RJF)*

Wenn mir jemand am 3. Oktober 1966 gesagt hätte, dass ich der Ehrevorsitzende des „Bund jüdischer Soldaten“ sein werde und vor einem Publikum bestehend aus dem Generalinspekteur der Bundeswehr, dem Inspekteur des Heeres und vielen anderen bedeutenden Persönlichkeiten einen Vortrag halten soll, so hätte ich dies sicherlich in den Bereich der Fabel verwiesen.

41 Jahre und sechs Wochen später stehe ich nun vor Ihnen. Von den damals gleichaltrigen Juden in der Bundesrepublik Deutschland wurde ich für verrückt gehalten, weil ich freiwillig zur Bundeswehr ging. Als Kind von Verfolgten des Naziregimes hätte ich mich jederzeit freistellen lassen können. Ich wollte nun aber zwei Jahre meines kostbaren Lebens in einer Institution verschwenden, die viele Juden noch mit der Wehrmacht des Dritten Reiches gleichsetzten. Und aus diesem „Verrückten“ ist inzwischen – auch mit seiner Bundeswehrvergangenheit und dem steten Bemühen, Juden und Bundeswehr, jüdische Verbandsführung und die Führung der Bundeswehr zusammenzubringen – immerhin der dienstälteste Verbandsvorsitzende eines jüdischen Verbandes geworden.

Ich kann mir vorstellen, lieber Herr Hauptmann Berger, dass Sie und Ihre Kameraden bei der Gründung des „Bund jüdischer Soldaten“ so ähnlich fühlten wie ich damals, wenngleich ich wohl der erste nach dem Krieg geborene Jude bin, der freiwillig zur Bundeswehr ging, und Sie immerhin wussten, dass es neben Ihnen noch einige Bundeswehrsoldaten jüdischen Glaubens in der Bundeswehr gibt.

Ich habe meine zwei Jahre bei der Bundeswehr, dem Fallschirmjägerbataillon 313 in Wildeshausen, nie bereut.

Seit 41 Jahren hat sich sicherlich vieles in unserem Staate, in der Bundeswehr, in der Gesellschaft verändert. Die Bundeswehr ist und bleibt aber ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Und in diesem wohl demokratischsten Deutschland, das es jemals gegeben hat, habe ich mich stets wohl gefühlt, auch oder gerade mit meinen Erfahrungen aus dreißig Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit im Zentralrat der Juden in Deutschland, im Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen und in vielen anderen jüdischen und nichtjüdischen Verbänden.

Bei der Vorbereitung meines Beitrages für die heutige Veranstaltung ist mir diese zeitliche Dimension eigentlich erst recht bewusst geworden. Natürlich merkt man an seinen erwachsenen Kindern, seinen Enkeln, dem Tod von Elternteilen, dass man älter geworden ist, aber 41 Jahre...

Erinnern Sie sich noch an den Oktober 1966? Am 1. Oktober 1966 werden zwei Altnazis, Baldur von Schirach und Albert Speer, nach zwanzigjähriger Haft in Spandau aus der alliierten Haft entlassen.

Aber auch: Am 4. Oktober 1966 wird ein Rostocker Bürger zu zehn Monaten Haft verurteilt, weil er ungestempelte Briefmarken Freunden in die Bundesrepublik schickte. Auch dieses Unrecht sollten wir nicht vergessen, wenngleich das Unrecht der SED-Diktatur aus meiner Sicht eine andere Dimension hat. Die derzeitige Diskussion über die Gleichstellung zweier Unrechtssysteme verstört mich daher. Für viele ist sie eine hochwillkommene Ablenkung von der Verantwortung, die uns Deutschen aus dem nationalsozialistischen Unrecht erwachsen ist.

Der 3. Oktober 1966 ist der Beginn der Bundeswehrkarriere von ca. neunzig jungen Männern aus allen gesellschaftlichen Schichten aus ganz Deutschland in der Ausbildungskompanie 6/11 in Wildeshausen bei

Bremen beim Fallschirmjägerbataillon 313, insbesondere startet hier die militärische Karriere eines Mannes, der heute unter uns weilt, Generalleutnant Hans-Otto Budde, Inspekteur des Heeres.

Lieber Hans-Otto, unsere Stuben lagen nach meiner Erinnerung schräg gegenüber und wie hieß es so schön: Fallschirmjäger sind Diamanten und Diamanten müssen geschliffen werden. Was war da schon Nagold gegen Wildeshausen? Ich erinnere mich gleichwohl, aber ohne Verklärung, gerne an die gemeinsame Zeit.

Junge Männer, die gerade als Abiturienten aus der Schule entlassen worden waren oder andere, die bereits selbständig im Beruf standen als Lehrer, Masseure, Schlosser und teilweise schon eigene Familien hatten. 1966, das war die Zeit, in der man als Abiturient entweder freiwillig zur Bundeswehr ging – man erhielt sein erstes richtiges Geld, kein Taschengeld mehr und als Fallschirmjäger sogar noch 150,00 DM Springerzulage dazu –, oder man versuchte sich zuvor nach Berlin abzusetzen, um sich so vor dem damals achtzehnmonatigen Wehrdienst zu schützen.

Wir waren eine fünfzehnköpfige Abiturientenklasse. Davon gingen elf als Z2 zur Bundeswehr, einer verdingte sich für vier Jahre und ein weiterer ging zum Bundesgrenzschutz. Dreizehn von fünfzehn, aber darunter sicherlich kein Militarist, wie man meinen könnte. War das also nur der Gruppenzwang, der mich veranlasste, ebenfalls als Freiwilliger zur Bundeswehr zu gehen?

Zumindest war mir zum damaligen Zeitpunkt nicht konkret bewusst, dass ich nun der erste nachkriegsgeborene Jude war, der zur Bundeswehr ging. Nun lebte ich ja auch in Hannover und nicht in den für damalige Verhältnisse großen jüdischen Zentren wie Frankfurt, Berlin oder München, in denen der Zusammenhalt der jüdischen Jugend bedeutend intensiver war als in der hannoverschen Provinzhauptstadt.

Es war auch nicht Trotz oder „gerade, weil“ oder „Ihr könnt mich alle mal“, es war für mich eigentlich eine Selbstverständlichkeit, die meiner Erziehung entsprach. Aufgewachsen als Deutscher, gleichermaßen aber auch als Jude, aber nicht mit der vorrangig jüdischen Identität, wie bei den Kindern der jüdischen Überlebenden aus Polen oder Russland. Die Familien meiner Eltern ließen sich demgegenüber über zwei Jahrhunderte in Deutschland zurückverfolgen. Ich bin insoweit der Inbegriff eines

deutschen Juden, des Jecken. Ich hebe dies durchaus mit Stolz hervor, aber auch deswegen, weil diese Selbstverständlichkeit bedingt durch den zwölfjährigen Zeitraum von 1933 bis 1945 eben gerade nicht selbstverständlich war und ich in dieser Selbstverständlichkeit teilweise ganz heftig durch antijüdische, antisemitische Vorfälle in den deutschen Alltag zurückgeholt wurde. Ich denke dabei z.B. an die Einladung eines der führenden deutschen Neonazis Manfred Röder in die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg – angeblich hatte keiner von seiner Rolle gewusst –, an Angehörige des Wachbataillons, die „Juden vergasen“ oder „Jude verrecke“ und „Ausländer raus“ skandiert haben sollen und andere ähnliche Vorfälle.

Leo Baeck, der bekannte Berliner Rabbiner und spätere Präsident der „Reichsvereinigung der deutschen Juden“, sagte nach seiner Befreiung aus Theresienstadt, dass es ein deutsches Judentum nicht mehr gebe. Er hatte zweifelsohne Recht. Das deutsche Judentum, wie er es kannte, gab es nicht mehr und wird es auch nicht mehr geben. Aber ich kann heute, sechzig Jahre nach Beendigung des Krieges und des Holocaust, feststellen, dass es wieder eine große Zahl von Juden in Deutschland und, darüber freue ich mich besonders, auch bei der Bundeswehr gibt.

Deutscher zu sein oder zu werden, ist aber nicht nur eine Frage der Staatsbürgerschaft, sondern auch die persönliche Beziehung des Einzelnen zu dem Land und zu den Pflichten, die eine Staatsbürgerschaft mit sich bringt, z.B. die Wehrpflicht oder der Zivildienst. Selbstverständlichkeiten auch für einen Juden?

Der größte jüdische Friedhof in Deutschland neben Bergen-Belsen, dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers mit seinen Zehntausenden von Toten, ist der in Berlin-Weißensee. Etwa 115.000 Tote sind auf diesem Friedhof bestattet. Die Machthaber des Dritten Reiches ließen dieses Denkmal deutsch-jüdischer Geschichte unangetastet. Berühmte deutsche Juden sind dort begraben, Hermann Tietz, dessen Name mit der Warenhauskette Hertie verbunden ist, Berthold Kempinski, der Begründer der großen Hotelkette, Geisteswissenschaftler, berühmte Physiker, Rabbiner, Menschen mit und ohne Ruhm, unter ihnen aber auch 395 deutsche Soldaten jüdischen Glaubens.

Viele dieser Gräber symbolisieren das selbstverständliche Bekenntnis zum Judentum und zum deutschen Vaterland, zum Dienst im deutschen

Heer. Davidstern und Stahlhelm, hebräische Buchstaben und das Eiserne Kreuz zeugen von der bis 1933 gewachsenen Tradition, wenngleich ich mich auch mit dem Begriff der deutsch-jüdischen Symbiose schwer tue, ihn in seiner nachträglichen Überschwänglichkeit überwiegend für falsch interpretiert, mehr für „Deutsch“ gewollt als für „gleichwertig Jüdisch“ halte.

„Juden haben keine Heimat“, meinte demgegenüber der Schriftsteller Joseph Roth, „sie haben nur Friedhöfe“. Vor einem Jahrhundert, im Deutschland des Kaiserreiches und auch noch in der Weimarer Republik, hatten sie eine Heimat. Mehr noch: Seit der Reichsgründung von 1871 gehörten sie zu den Trägern und Gestaltern der modernen Industrienation Deutschland.

In Verwaltung und Wirtschaft, Wissenschaft und Militär waren es häufig deutsche Juden, die den Aufbau vorantrieben und Verantwortung an entscheidender Stelle übernahmen.

Hierher gehören Namen wie Albert Ballin, der Hamburger Reeder und Kaufmann, Max Warburg, der Hamburger Bankier, und natürlich auch der Berliner Ingenieur und Großindustrielle Emil Rathenau. Rathenau, der Gründer und jahrzehntelange Chef der AEG, war Vater des nicht minder bekannten späteren Reichsaußenministers Walther Rathenau, dessen politisches Credo lautete: „Mein Volk ist das deutsche Volk, meine Heimat das deutsche Land.“ Und dennoch wurde er im Juli 1922 von antisemitischen Verschwörern ermordet.

Die jüdischen Bürger hatten Deutschland nicht weniger geliebt als die christlichen. Sie dachten zunächst deutsch und identifizierten sich mit der deutschen Sprache. Theodor Herzls Feststellung schien richtig zu sein: „Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man lässt es nicht zu. Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwängliche Patrioten, [...] vergebens bemühen wir uns, den Ruhm unserer Vaterländer in Künsten und Wissenschaften, deren Reichtum durch Handel und Verkehr zu erhöhen.“

Aber auch während und nach der Emanzipation in allen Teilen der Bevölkerung, selbst unter den Liberalen, war man weit davon entfernt, den Juden auch nur halbwegs unbefangen zu begegnen. Für viele waren sie

trotz aller Emanzipation und ungeachtet des sozialen Status, soweit dabei nur an Besitz und Bildung gedacht ist, Bürger zweiter Klasse geblieben, wie das Pamphlet *Der Mauscheljude* von 1880 nachdrücklich betont:

„Damit bezeichnet das allgemeine Volksbewusstsein, dessen Ausdruck die Sprache ist, sonnenklar, dass überhaupt alle in Deutschland lebenden Semiten dennoch keine Deutsche, sondern eben nur Semiten, respektive Juden sind.“

Es fehlte sowohl an Unvoreingenommenheit, wie erst recht an gesellschaftlicher Anerkennung, und von wirklicher Chancengleichheit konnte schon gar keine Rede sein. Nicht nur in Regierungsämtern, auch auf hohen administrativen Stellen waren Juden kaum denkbar. Selbst zu militärischen Rängen gelangten sie durchweg nur nach vorheriger Taufe, dem Entrebillet in die deutsche Gesellschaft.

Ganz anders Gabriel Rießer. Er hielt an seinem Glauben fest und wurde der erste deutsche jüdische Richter. Er war der Mann, den die Deutsche Nationalversammlung in Frankfurt am Main mit dazu ausersah, dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone darzubieten. Er war einer der frühen großen liberalen Politiker. Sein Verhältnis zu seiner Heimat formulierte Gabriel Rießer so: „Wer mir den Anspruch auf mein deutsches Vaterland bestreitet, der bestreitet mir das Recht auf meine Gefühle, auf die Sprache, die ich rede, auf die Luft, die ich atme. Darum muss ich mich gegen ihn wehren, wie gegen einen Mörder.“

In seiner autobiographischen Schrift *Mein Weg als Deutscher und Jude!* hat Jakob Wassermann über seine Militärzeit geschrieben: „Zum ersten Mal begegnete ich (dort) jenem in den Volkskörper gedrunghenen dumpfen, starren, fast sprachlosen Hass, von dem der Name Antisemitismus fast nichts aussagt, weil er weder die Art, noch die Quelle, noch die Tiefe, noch das Ziel zu erkennen gibt. Dieser Hass hat Züge des Aberglaubens ebenso wie der freiwilligen Verblendung, der Dämonenfurcht wie der pfäffischen Verstocktheit, der Ranküne des Benachteiligten, Betrogenen, ebenso wie der Unwissenheit, der Lüge und Gewissenlosigkeit wie der berechtigten Abwehr, affenhafter Bosheit wie des religiösen Fanatismus. Gier und Neugier sind in ihnen, Blutdurst, Angst, verführt, verlockt zu werden, Lust am Geheimnis und Niedrigkeit der Selbsteinschätzung. Es ist in solcher Verquickung und Hintergründigkeit ein besonders deutliches Phänomen. Es ist ein deutscher Hass.“

Ob es der Antisemitismus wahr haben will oder nicht, es hat den „deutschen Juden“ gegeben, der nichts als deutsch war und der von dem religiös-orthodoxen Ost-Juden weiter entfernt war, als die Erde von der Sonne. Dieser deutsche Jude stand dem aufflammenden Antisemitismus hilflos gegenüber, er verstand ihn nicht. Doppelt litt er unter der ihm von „seinen“ Deutschen aufgezwungenen Abtrennung, denn er begriff nicht, warum er, der auch im Kriege für sein Vaterland eintrat, plötzlich ausgestoßen wurde. Er, der sich nur noch schwach als Jude fühlte, doch eben in dieser Schwachheit immer noch sein Judentum bezeugte, wurde von der anderen Seite aus dem Verbund des gemeinsamen Volkes ausgeschlossen. Gerade jenes „jüdische Bewusstsein“ wurde als „jüdisch Fremde“ empfunden und mit dem Ausschluss quittiert.

Die größte Bewährungsprobe für das deutsch-jüdische Miteinander, für dieses ständige Auf und Ab, vielleicht sogar diese neurotische Beziehung, brachte der Erste Weltkrieg. Als er ausbrach, teilten auch Deutschlands Juden die allgemeine patriotische Begeisterung.

Der Dank des Vaterlandes war den 12.000 jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges gewiss. Der Dank, der darin bestand, dass man die klügeren Überlebenden zur Emigration zwang, den Uneinsichtigen jedoch den Tod durch Vergasung, Verhungern oder Erschlagen bescherte.

Uneinsichtigkeit? Waren jene, die bis zum bitteren Ende bleiben, die sich zu spät zur Emigration entschlossen, uneinsichtig?

War mein Großvater, der neben seinen Brüdern und Cousins im Ersten Weltkrieg gekämpft hatte, war er uneinsichtig?

Zweifelsohne nicht: Er war doch Deutscher, sie alle hatten doch ihr Blut, ihre Brüder, Väter und Söhne im Felde für das Vaterland gelassen. Wo war da die Veranlassung, die Notwendigkeit, von hier wegzugehen. Mit dem „ewigen Juden“, der von den Plakaten herabstarrte, waren doch nicht sie gemeint. Sie sahen doch genauso aus wie ihr Nachbar, ihr Berufskollege, ihr Fußball-Kamerad! Die Hass-Tiraden des *Stürmer* konnten sich doch nicht auf den jüdischen Soldaten beziehen: feige, dreckig, hinterhältig! Sie wussten es doch besser, hatten sie doch genauso wie ihre Kameraden gekämpft und gelitten!

Sie hatten die allgemeine patriotische Begeisterung aller geteilt. Jüdische Vereinigungen, selbst zionistische, riefen ihre Mitglieder auf, sich als Freiwillige zu melden. So appellierte der Jüdische Centralverein: „Glaubensgenossen! Wir rufen Euch auf, über das Maß der Pflicht hinaus, Eure Kräfte dem Vaterland zu widmen! Eilet freiwillig zu den Fahnen!“

Dieser Patriotismus ist auf vielerlei Art nachgewiesen und für uns heute nur schwer nachvollziehbar und zugänglich. Wie tief muss Deutschland als Vaterland von den deutschen Juden verstanden und gelebt worden sein, dass sie fast bis zur Blindheit zur Pflichterfüllung mahnten.

Gestatten Sie, dass ich an dieser Stelle nur auf den Ersten Weltkrieg eingehe. Ich darf auf das Ausstellungshandbuch *Deutsche Jüdische Soldaten* des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hinweisen. Diese Ausstellung hat den jüdischen Beitrag von der Emanzipation bis zu den Weltkriegen herausragend dargestellt und ich darf mich erneut bei allen Beteiligten sehr herzlich dafür bedanken, dass es gelungen ist, diese Ausstellung durch ganz Deutschland zu schicken und nachhaltig bewusst zu machen, dass es immer eine jüdische Beteiligung gegeben hat.

Hunderttausend meldeten sich daher zur Front und wie ihre christlichen Kameraden kämpften sie auf allen Kriegsschauplätzen – beim Heer, bei der Marine, in der Kaiserlichen Schutztruppe und auch bei der kleinen Luftwaffe. Unter ihnen der Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Frank, darunter auch der mit dem höchsten Orden des Kaisers „Pour le mérite“ ausgezeichnete Jagdflieger Wilhelm Frankl, der zu den Pionieren der deutschen Jagdfliegerei gehörte. Jeder dritte Jude war dekoriert worden, der jüngste Kriegsfreiwillige war der dreizehnjährige Bar Mitzwa Joseph Zippes, der sich unerkannt unter die Kriegsfreiwilligen gemischt hatte. Ihm wurden beide Beine abgeschossen. Für mich als Hannoveraner ist noch in eigener Erinnerung mein Kollege, der Rechtsanwalt Dr. Horst Berkowitz. Herr Berkowitz ist der „echte“ jüngste Kriegsfreiwillige mit damals sechzehn Jahren. Er trug eine schwere Kopfverletzung davon, die mit einer Metallplatte verdeckt wurde. Wir Hannoveraner kennen ihn zeitlebens auf dem Fahrrad mit einer ledernen Motorradkappe und von allergrößter Schwerhörigkeit, die er bei Gericht sehr gut einzusetzen vermochte. Wenn ihm etwas nicht behagte, stellte er sein Hörgerät schlicht ab. Berkowitz überlebte die Nazizeit nur dadurch, dass er im November 1941 bei der Deportation nach Riga stolz und offen sein goldenes Verwundetenabzeichen trug und deswegen von einem SS-Mann vor der Abfahrt aus dem Zug genommen wurde.

Die Bereitschaft, das Land, in dem man lebt, mit der Waffe zu verteidigen, ist im Allgemeinen ein zuverlässiger Beweis dafür, dass man dieses Land als sein Vaterland empfindet. Als am 1. August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, meldeten sich viele Männer freiwillig, Juden wie Christen, aus allen Berufen, Schüler, Studenten. Von den im Studenten-Kartell-Konvent organisierten 1.100 jüdischen Studenten waren es 991, die spontan zu den Meldestellen eilten.

Der von mir bereits erwähnte Dr. Ludwig Frank hätte mit seinen vierzig Jahren nicht einrücken müssen und als Reichstagsabgeordneter schon gar nicht. Er zog aber gleich ins Feld und scherzte noch in einem seiner Briefe aus Frankreich: „Ich stehe an der Front wie jeder andere und ich weiß nicht, ob die französischen Kugeln meine Immunität auch achten. Jetzt ist für mich der einzig mögliche Platz hier in Reih und Glied [...]“ Frank fiel am 3. September 1914 bei Luneville.

Von den 96.000 jüdischen Soldaten, 10.000 hatten sich freiwillig gemeldet, wurden mehr als 2.000 zu Offizieren befördert, 19.000 zu Unteroffizieren. 35.000 Soldaten jüdischen Glaubens erhielten Orden und Ehrenzeichen. 12.000 fielen. Viele der Gefallenen sind auf Kriegsdenkmälern verewigt, die in jüdischen Gemeinden, auf Friedhöfen oder in Predigt-hallen stehen. Ein wichtiges Nachschlagewerk ist für mich immer wieder das Gedenkbuch des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten über die jüdischen Gefallenen des ersten Weltkrieges.

Der weit über die durchschnittlichen Zahlen hinausgehende jüdische Kriegsbeitrag hielt antisemitische Agitatoren allerdings nicht von ihrer Propaganda ab.

„Überall grinst ihr Gesicht, nur im Schützengraben nicht“, war ein hasserfüllter Slogan, der bereits während des Krieges die jüdische Leistung schmälern sollte, wenn er auch nachweislich falsch war.

Sie werden daher verstehen, dass diese Tagung „Jüdische Soldaten in deutschen Armeen“ auch für mich eine persönliche Genugtuung darstellt, gerade weil ich auch als erster jüdischer Nachkriegsgeborener zur Bundeswehr gegangen bin und damit bereits vor vierzig Jahren gezeigt habe, dass es ein Miteinander nur geben kann, wenn man gemeinsame Werte hat. Werte, die man 1914 noch hatte, die aber 1918 nach dem verlorenen Krieg schnell verraten wurden. Mein Großvater hätte jeden verständ-

nislos angesehen, der ihm gesagt hätte, dass er sein Land in einem weiteren Krieg nicht mehr verteidigen dürfte, weil er Jude ist. So ist mein Großvater wahrscheinlich immer noch ungläubig und fassungslos im KZ umgebracht worden.

Als ich mich auf meinen heutigen Beitrag vorbereitete, griff ich zu meinen Erinnerungen aus meiner eigenen Bundeswehrzeit: Wehrpass, Fotos, Urkunden und Schriften, die ich aufgehoben hatte. Auch Unterlagen über antisemitische Vorgänge, die ich selbst erlebt hatte.

Der gravierendste: Ein Hörsaalleiter unseres Fähnrichlehrganges in Hammelburg, dessen Namen ich noch sehr gut in Erinnerung habe, bezeichnete sich mir gegenüber selbst als Antisemit, nachdem ich ihn auf einige merkwürdige Aufsatzthemen angesprochen hatte. Gegen mich persönlich habe er zwar nichts, aber seine Familie sei seinerzeit in den deutschen Osten gegangen, um deutsches Blut dort anzusiedeln. Und alles, was man dann erlebt habe, habe man dem Weltjudentum zu verdanken. Wie gesagt, gegen mich persönlich, als deutschen Juden, habe er nichts. Mich diesem Urteil zu unterwerfen, war mir zu riskant. Das erinnerte mich an Erzählungen meines Vaters aus dem KZ Riga. Auch sein Aufseher hatte nichts gegen ihn persönlich, er stand quasi unter seinem Schutz, aber gleichwohl zögerte er nicht, ihn halb tot zu schlagen, wenn es aus seiner Sicht notwendig wurde.

Aus heutiger Sicht interessant, dass ich schon damals ein gewisses Gespür, in keiner Weise durch meine Eltern vorgeprägt, ganz im Gegenteil, entwickelt hatte. Wer mich kennt, weiß, dass ich mit solchen Zuweisungen auch nach dreißigjähriger Verbandstätigkeit äußerst zurückhaltend bin, mir in jüdischen Verbänden mit dieser Zurückhaltung eher weniger Freunde gemacht habe. Ich will nicht verhehlen, dass meine Hörsaalkameraden nicht unglücklich waren, als dieser Hauptmann als Hörsaalleiter abberufen wurde, ohne eigentlich zu wissen, wem sie das zu verdanken hatten.

Wie viel Unverständnis habe ich im Zentralrat der Juden für mein Bekenntnis zu diesem Land und seiner Bundeswehr geerntet. Und auch heute noch ist das Verhältnis vieler „Verbandsfürstinnen und -fürsten“ zu Deutschland einerseits und zur Bundeswehr im Besonderen sehr ambivalent, zurückhaltend, vielfach negativ.

Das Wichtigste, was mir aber bei der Vorbereitung für die heutige Veranstaltung in die Hände fiel, war ein Fotoalbum meines vor einigen Jahren in Los Angeles verstorbenen Cousins Fred Fürst, der wusste, dass seine Fotos bei mir in guten Händen sind. Ein Familienalbum, das unter anderem Fotos meines Großvaters Max Fürst und seiner Brüder enthielt, die im Ersten Weltkrieg gemacht worden waren.

Mein Großvater, geboren 1883, hatte fünf Brüder und zwei Schwestern. Einer der Brüder starb bereits mit vier Jahren, die anderen, geboren 1874, 1876, 1878 und 1893, haben sämtlich im ersten Weltkrieg gedient. Ich habe leider keine Möglichkeit gehabt, von ihnen persönlich etwas zu erfahren, mit Ausnahme von Berthold, der im hohen Alter in den USA verstorben ist. Onkel Isi habe ich als Kleinkind noch persönlich erlebt. Er war Rechtsanwalt in Mönchengladbach. Ich habe keine direkte Erinnerung mehr an ihn. Onkel Isi steht nicht, er posiert vielmehr auf der Feldpostkarte, die am 2. Dezember 1914 in Koblenz gestempelt wurde, mit glänzenden Stiefeln, einer schicken Reiterhose, eine Zigarre in der linken Hand und die rechte locker in der Hosentasche. Er diente offensichtlich in einem Ersatzbataillon des Landwehrinfanterieregimentes Nr. 25.



Isidor Fürst,
Dezember 1914

Von Onkel Isi liegen mir noch weitere Fotos vor. Er ist der fotogenste von allen gewesen. Ein wunderschönes Bild von Onkel Isi mit Pickelhaube und deutschem Adler. Es haben zwar alle den Schnauzer, aber meinen Schnurrbart habe ich offensichtlich von Onkel Isi genetisch bekommen und nicht umsonst haben wir beide denselben Beruf erlernt. Von der einen Postkarte aus Koblenz hatte ich schon berichtet. Mir liegt noch ein weiteres Foto vom 21. März 1917 vor, mit der er seine neue Adresse bekannt gibt. Der Unteroffizier Fürst befindet sich zu dem Zeitpunkt in dem Hotel Folder in Siegburg, wenn ich das richtig gelesen habe.

Eine Seite später sind die Bilder von Sally Fürst. Auch er in einer schmutzigen Uniform mit glänzenden Knöpfen auf der Brust und Ärmeln und natürlich ebenso mit Bärtchen. Leider ergibt sich aus diesen Fotos nicht, wann und wo sie gemacht wurden. Scheinbar ist es bei einem professionellen Fotografen gefertigt worden. Es folgen dann die Fotos des ange-

heirateten Cousins, des Unteroffiziers Julius Rosenbaum. Julius Rosenbaum diente in Russland beim Reserveinfanterieregiment 224. Ich kann zwei Daten lesen, den 29. März 1917 und den 1. Juni 1917. Der Inhalt der Karten ist leider sehr schwer lesbar. Die Feldpostkarte vom 1. Juni 1917 ist an meinen Großonkel Herbert Fürst in Hildesheim gerichtet. Die Familie hatte in Hildesheim, Kurzer Hagen 12a, ein Kaufhaus mit dem Namen Bazaar Fürst. Mein Großvater hatte dieses Kaufhaus in Hannover begründet und die Dependance in Hildesheim leitete, wenn mein Vater mir richtig berichtet hat, sein Cousin Herbert. Das eine Foto zeigt ihn ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz gemeinsam mit zwei Kameraden, deren Namen ich leider nicht kenne.

Über ein besonders schönes Foto freue ich mich, weil es sich offensichtlich um einen Geburtstagsgruß meines Großvaters Max Fürst an seinen Neffen Siegfried Fürst, wiederum in Hildesheim, Kurzer Hagen 12a, handelt. Dieser hatte am 27. Mai 1918 Geburtstag und die Feldpostkarte datiert vom 28. August 1918. Ich kann leider nicht mit Sicherheit sagen, welcher der Soldaten mein Großvater ist. Keine Zweifel habe ich bei der nächsten Karte, die einen handschriftlichen Vermerk trägt „Juli/August 1918“. Mein Großvater ist dort offensichtlich Unteroffizier und Gruppenführer und schreibt wieder an seine Familie in Hildesheim. Verschickt hat er diese Karte am 2. September 1918 und er schreibt, dass er Ende der nächsten Woche (12. September) nach Hause kommt und sich auf ein frohes Wiedersehen freut. Auf einem anderen Foto trägt mein Großvater stolz sein Eisernes Kreuz. Der Empfänger dieser und anderer Postkarten war der Gefreite Berthold Fürst. Ich hatte von ihm schon berichtet. Berthold wurde am 13. März 1893 geboren. Von ihm habe ich zwei Postkarten. Eine Karte datiert von Juni 1916 und zeigt eine große Gruppe von Soldaten, sitzend oder stehend an bzw. in einem Teich, der zu einem Soldatengenesungsheim in Frankreich gehört. Die andere Nachricht datiert vom 16. Februar 1917, gerichtet an seine Schwester und den Schwager in Menden in Westfalen. Kein Bild gibt es von einem Ereignis anlässlich eines jüdischen Feldgottesdienstes zu den hohen jüdischen Feiertagen bei Verdun. Mein Großvater Max nahm hieran teil und plötzlich stand unerwartet neben ihm sein Bruder Berthold. Nur Zufall?

Das war nun der militärische Teil der Familiengeschichte Fürst, jedenfalls der deutsche militärische Teil. Der leider vor wenigen Jahren verstorbene Walter Fürst, Sohn von Berthold, war dann bereits im Zweiten Weltkrieg in der amerikanischen Armee. Meine Familie war überwiegend ausgewandert, mit Ausnahme meiner Großeltern und meines Vaters, die es nicht

mehr geschafft hatten, Deutschland zu verlassen. Mein Vater überlebte in Riga und kam zurück. Als meine Mutter starb und der Rabbiner für seine Trauerrede einige Informationen benötigte, fragte er meinen Vater, warum er nicht auch weggegangen sei. Für meinen Vater gab es aber niemals den ernstlichen Wunsch wegzugehen. Er gründete mit anderen Überlebenden, es waren ja nicht viele, nach dem Kriege die Jüdische Gemeinde Hannover, deren Vorsitzender ich heute bin. Auch für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, mich dazu zu bekennen, dass ich Deutscher bin, Deutscher jüdischen Glaubens.

Lassen Sie mich noch eins erwähnen. Das Album enthält auch Fotos von Hermann Fürst. Hermann war der älteste Bruder meines Großvaters, geboren am 5. Dezember 1874. Sie waren alle Kinder von Falk Fürst, einem Fruchthändler aus Frankenberg und von Florentine Lichtenstein. Mein Cousin Fred, von dem ich das Album geschenkt bekommen habe, teilt in diesem Album mit, dass Hermann Ende des 19. Jahrhunderts bei der Infanterie gedient hat und in Ludwigshafen stationiert war. Auf einer Feldpostkarte ist Hermann mit dem Bataillonsstab zu sehen. Ich erwähne Hermann deshalb, weil das Album auch zwei andere Fotos von ihm aufweist. Hermann Fürst fotografiert vor Buchenwald und ein anderes, Hermann Fürst nach der Entlassung aus Buchenwald.

Und ich habe in dieses Album auch noch ein Originaltelegramm hineingelegt, das nicht nur zeitgeschichtlich Bedeutung hat, sondern auch um den großen Bogen wieder herzustellen zu dem Fakt, dass mein Vater, 1922 geboren, kein Soldat mehr werden konnte.

Mein nichtjüdischer Großvater Adolf Klimt hatte sich von seiner jüdischen Ehefrau nicht scheiden lassen. Er wurde deshalb aus dem Schuldienst als Lehrer entlassen, wurde später für die Organisation Todt zwangsverpflichtet und erhielt am 1. Februar 1945 in Wuppertal ein Telegramm aus Königslutter am Elm, das war der Wohnsitz seines Vaters, bei dem sich meine jüdische Großmutter aufhielt: „Sofort kommen. Mama muss gleich fort.“ Fort hieß: fort in ein Konzentrationslager. Ein Telegramm meiner Tante, die wie meine Mutter und ihre dritte Schwester als sogenannte Halbjüdinnen mit viel Glück überlebten.

Meine Großmutter Henny kam nach Theresienstadt und überlebte dort. Sie alle haben das notwendige Vertrauen in diesen Staat gesetzt, zu Recht.

JÜDISCHE SOLDATEN DES ERSTEN WELTKRIEGES AUS DEM RHEIN-SIEG-KREIS

Michael Esser

Die in den Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises lebenden Landjuden bewegten sich in verschiedenen Welten gleichzeitig: in der jüdischen Landgemeinde, in der christlichen Dorfgemeinschaft und in der Beziehungswelt zu den städtischen Juden und Nichtjuden. Daher ist es schwierig, eine Aussage über ihre soziale Stellung zu treffen, denn in jedem dieser Bezugssysteme galten unterschiedliche (Vor)Urteile und Leitbilder. Vermögen, Lebensstil, Bildung und Religion nahmen in jedem dieser Milieus einen anderen Stellenwert ein.

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges waren auch die Landjuden offiziell gesellschaftlich emanzipiert, aber eben nur offiziell. Eine Angleichung (Assimilation) an ihre überwiegend katholisch-evangelisch geprägte Umgebung war auch im Rhein-Sieg-Kreis in unterschiedlicher Ausprägung erfolgt. Bei unter 1.000 Juden – 3,4 Prozent der Gesamteinwohnerzahl – und acht Gemeinden war eine solche Angleichung schon fast überlebenswichtig.

Die Landjuden waren ins dörfliche Leben integriert. Sie waren Mitglieder in der Freiwilligen Feuerwehr, in den

(christlichen) Schützenvereinen, Gesangvereinen usw. und bekleideten auch öffentliche (Ehren) Ämter. Durch ihre oftmals häufigen Handlungsreisen und städtischen Kontakte waren sie auch eine „informelle“ Bereicherung der an die Scholle gebundenen christlichen Landbevölkerung. Sie erzeugten aber auch gerade wegen der Art ihrer „Reisegeschäfte“ oft Spannungen im dörflichen Miteinander, da häufig die christlichen Nachbarn diese „Nicht körperliche Arbeit“ nicht akzeptierten.

In der preußischen Armee dienten sie vor dem Ersten Weltkrieg als Wehrpflichtige und Freiwillige, so auch in den Kriegen 1866 und 1870-71. Trotz der auf dem Papier vorhandenen „rechtlichen“ Gleichstellung seit der Reichsgründung gab es 1907 im Deutschen Reich nur sechzehn Juden im Offiziersrang (unter insgesamt 33.000) und diese überwiegend in Bayern.

Aus dem Rhein-Sieg-Kreis ist kein jüdischer Offizier bekannt. Ehemalige Jüdische Soldaten der Kriege 1866 / 1870-71 waren geachtete Mitglieder der örtlichen Kriegervereine und initiierten während des Ersten Weltkrieges Hilfeleistungen für Not leidende Familien, deren Väter und Söhne „im Feld standen“, unabhängig von Konfession und gesellschaftlicher Stellung.

Trotz dieser Assimilationsbestrebungen gab es in der überwiegend christlichen Landbevölkerung auch antisemitische Tendenzen.

In der Gesamtheit betrachtet, bekannten sich die jüdischen Bürger im Rhein-Sieg-Kreis zu Kaiser und Staat und fühlten sich als Deutsche „mit anderem“ Glauben.

AUGUST 1914 – JÜDISCHE RESERVISTEN UND KRIEGSFREIWILLIGE

Nachdem die Garnison Koblenz, die Festung Ehrenbreitstein und die Garnison Köln am 31. Juli und 1. August 1914 in „Belagerungszustand“ versetzt worden waren, erreichten die „Depeschenträger“ auch die Gemeinden im Siegkreis. Eitorf erhielt am 1. August gegen 17.20 Uhr den Befehl zur Mobilmachung mit „neuen Medien“ vorab: per Telefon! Koblenz war Sitz des auch für den Rhein-Sieg-Kreis zuständigen Generalkommandos des VIII. (rheinischen) Armeekorps.

Die Reservisten und Freiwillige aus dem RSK, einschließlich der Jüdischen Soldaten kämpften in folgenden Verbänden:

- 9. Rheinisches Infanterie Regiment Nr. 160
- 10. Rheinisches Infanterie Regiment Nr. 161
- Bergisches Feldartillerie Regiment Nr. 59

Hinweise dazu finden sich in schriftlichen Zeugnissen wie Feldpostbriefen, einem Brief an eine Zeitung oder einem Bericht des Kommandierenden Generals des VIII. Armeekorps, General-Leutnant van den Bergh, vom 6. Februar 1915.

Uns allen dürften die, aus heutiger Sicht nicht zu verstehende, Kriegsbegeisterung aus den Geschichtsbüchern bekannt sein. Auch der Siegkreis blieb davon nicht verschont. Nicht nur in den Kirchen des Kreises wurde zu „vaterländischer Pflichterfüllung in Kaisers Rock“ aufgerufen; so wurde z.B. im Betsaal Eitorf der zur Gemeinde Siegburg gehörenden Eitorfer Juden Mitte August 1914 ein Aufruf jüdischer Verbände verlesen und verteilt:

„An die deutschen Juden!

In schicksalsschwerer Stunde ruft das Vaterland seine Söhne unter die Fahnen. Dass jeder deutsche Jude zu den Opfern an Gut und Blut bereit ist, die die Pflicht erheischt, ist selbstverständlich.

Glaubensgenossen! Wir rufen Euch auf, über das Maß der Pflicht hinaus Eure Kräfte dem Vaterlande zu widmen! Eilet freiwillig zu den Fahnen! Ihr alle – Männer und Frauen – stellt Euch durch persönliche Hilfeleistung jeder Art und durch Hergaben von Geld und Gut in den Dienst des Vaterlandes!“

Berlin, den 1. August 1914

Verband der Juden, Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Ihre patriotische Gesinnung zeigten die Juden im Rhein-Sieg-Kreis auch in der Zeichnung von Kriegsanleihen. An den beiden ersten Anleihen, die im September 1914 und Februar/März 1915 gezeichnet werden konnten, beteiligte sich die Siegburger Synagogengemeinde, für die zweite gab sie 2.900 RM.

Verbrieft ist auch der Enthusiasmus, mit dem sich der jüdische Bäcker Moritz Regensburger aus Ruppichteroth am 8. August zur Musterung in Siegburg meldete. Seiner weinenden Frau soll er beim Abschied gesagt haben: „Adieu, Frau, ich geh jetzt nach Russland Brötchen backen.“ Er ging nicht nach Russland, sondern nach Frankreich – dort hat er die Hölle von Verdun überlebt. Sein Schwiegervater aus Hamm/Sieg führte die Bäckerei wie selbstverständlich weiter.

Wie deutsch und kriegsbegeistert die Soldaten auch noch in der Anfangsphase des Krieges waren, belegt ein Brief, den elf Eitorfer Rekruten, darunter auch Alfred Kahn aus Eitorf, auf dem Weg an die Front am 5. Dezember 1914 an die *Eitorfer Zeitung* schickten, der voll von prahlerischen, selbstgefälligen Wendungen war. Da war die Rede von „Germania-salbe“, die mit der Faust gegen die „englische Krankheit“ aufgetragen werde, von „42 cm Bonbons“ der Artillerie als Gratiszugabe usw. Einen Monat später waren acht von ihnen gefallen.

Auch das bereits erwähnte Gedicht von Bruno Menkel zeugt von diesem Patriotismus:

Die Landwehr von Verdun

*Verdun du stolze Feste
Sie liegt so trotzig da.
Wir sind dem Teufelsneste
Schon mit der Zeit recht nah.
Wir kommen immer näher,
Wir greifen kräftig an,
der Kampf wird immer zäher.
Hier kämpft der Landwehrmann u.s.w...“*

Auch dieses Gedicht wurde im Zeitgeist der Kriegsbegeisterung geschrieben.

DIE JÜDISCHEN SOLDATEN UND DEREN SCHICKSALE

Leider gibt es keine exakten Zahlen der jüdischen Soldaten aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Es dürften jedoch zwischen siebzig und neunzig Männer gewesen sein. 26 sind gefallen oder wurden vermisst, bei angenommenen neunzig Soldaten fast ein Drittel! Ein hoher Blutzoll!

Ein kurzer Bericht des KG des VIII. (rheinischen) Armeekorps beschreibt exemplarisch die brutale Härte der Kämpfe, in die auch die jüdischen Soldaten aus dem RSK so oder vielleicht ähnlich verwickelt waren: „Als wir von den Beobachtungsständen von den Höhen unmittelbar hinter den sich zu unseren Füßen entlang windenden endlosen, kreideweißen Schützengräben auf diese herabschauten, da bot sich uns ein grausiges Bild. Über diesen Gräben stand, gewunden wie sie selbst, eine riesige Wand von Rauch, Kalkstücken und Staub, kaum ein Einschlag davor oder dahinter – stundenlang! Da konnte kein Leben mehr übrig geblieben sein. Plötzlich ließ das Feuer von ihnen ab, schlug ins Hintergelände, und die französische Infanterie stürzte aus ihren Gräben hervor. Und siehe da, aus Höhlen und Granattrichtern, aus zerschossenen Unterständen und zerrissenen Sandsäcken krochen unsere braven rheinischen Jungen hervor, fassten die Gewehre fest, wischten den Staub aus den Augen und schlugen den Angriff ab.“

Da detaillierte Quellen zu den einzelnen jüdischen Soldaten nur vereinzelt vorhanden sind oder außer den Namen kaum mehr zu ermitteln war, möchte ich nachfolgenden Namen, Daten und Schicksale der Erwähnten und deren Familien auch stellvertretend für die nennen, zu denen nichts oder nur sehr wenig bekannt ist.

Zu denen, die sich als erste Freiwillige in ihren Bürgermeistereien und den Militärbehörden in Siegburg und Köln meldeten, zählten:

- Abraham Levi aus Eitorf, geboren 1879, Viehhändler, Kriegsteilnehmer 1914-1918. Er wurde mit seiner Ehefrau Else, geborene Feist, 1884 in Minden geboren, am 19. Juli 1942 deportiert und ermordet.
- Bernhard Jonas aus Dahlhausen, damalige Bürgermeisterei Herchen, Kriegsteilnehmer 1914-1918, vermutlich über das Lager Much mit Familie deportiert und ermordet.
- Moritz Regensburger (an anderer Stelle bereits erwähnt), geboren 1883 in Sulzburg/Obpf., seit 1908 als Bäcker in Ruppichteroth ansässig, dort 1938 verstorben; seine Frau Amalie, geborene Strauß; geboren 1878 in Dierdorf/W.W. und sein Sohn Heinrich (geboren 1908) sind in einem Konzentrationslager ermordet worden.

- Max Hirsch aus Bergheim Sieg, gefallen 1916 vor Verdun. Seine Familie wurde von den Nazis ausgelöscht.
- Alfred Kahn, Altwarenhändler aus Sieglar, Kriegsteilnehmer 1914-1918, schwere Verwundung 1915 in Frankreich; auch er wurde mit Familie ermordet, vermutlich in Auschwitz.
- Josef Gottschalk, Viehhändler aus Rheidt/Sieg, geboren 1872 in Rheidt, nach schwerer Verwundung 1917 aus dem Militärdienst entlassen. 1938 verstorben. Auch seine Familie hat die Shoa nicht überlebt.
- Julius Frenkel aus Rheidt/Sieg, Metzger, Kriegsteilnehmer 1914-1918. Mit Familie über das Lager Much 1941 deportiert und ermordet.
- Isidor Levy aus Mondorf, 1878 dort geboren, Kriegsteilnehmer 1914-1918, ebenfalls mit Familie, vermutlich 1942 umgebracht.
- Ferdinand Moses aus Rosbach, gefallen am 22. April 1917 bei Pronville/Frankreich. Über das Schicksal seiner Familie ist nichts bekannt.
- Bruno Menkel, Metzgermeister aus Eitorf, geboren 1879 in Eitorf, 1922 verstorben, Kriegsteilnehmer 1914-1918, verfasste vor Verdun ein Gedicht das erhalten ist, erholte sich nicht von einer Verwundung. Sein Frau Rola Rebbekka Menkel, geboren 1881, gehörte zu den 1941/42 Internierten im Lager Much. Sie wurde in einem Konzentrationslager ermordet.
- Albert Simon aus Eitorf, geboren 1885 in Hamm/Sieg, Pferdehändler in Eitorf, dort vor dem Krieg Schützenkönig, 1919 nach Köln verzogen, 1936 über Belgien nach Dänemark geflüchtet, 1968 in Odense/Dänemark verstorben, Kriegsteilnehmer von 1914-1918.
- Willi Gärtner aus Ruppichterorth, Viehhändler, Kriegsteilnehmer 1914-1918, 1917 Verleihung des Eisernen Kreuzes und Beförderung zum Unteroffizier; Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Ruppichterorth seit 1908, nach der Reichspogromnacht Monate der Internierung in Dachau. Im Juli 1942 wurden er, seine Frau und seine drei Kinder deportiert und ermordet.

- Max Seligmann, Altwarenhändler aus Rosbach, geb. 22. September 1880, gest. 19. Mai 1974; Soldat von 1914-1918; verheiratet sei 1909 mit Maria Weiffen (aus einer christlichen Familie); geb. 28. November 1885, gest. 29. März 1971.



Max Seligmann als Soldat im Ersten Weltkrieg

Max Seligmann stammt aus einer seit 1811 in Rosbach ansässigen jüdischen Familie und war der Schwiegervater der Stifterin des ehemaligen Wohnhauses der Seligmanns, der heutigen „Gedenkstätte Landjuden an der Sieg“ in Rosbach.

Max Seligmann wurde nach der Reichspogromnacht vier Monate in Dachau interniert, dann wieder freigelassen. Da seine Ehefrau als „arisch“ eingestuft wurde, konnte er die Terrorzeit der Nazis mehr oder minder unbehelligt in Rosbach überstehen. Seine Brüder Sigmund, Wilhelm und seine Schwester Berta mit den gesamten Familien wurden deportiert und ermordet. Seine drei Söhne Milton, Irmfried und Aaron, ebenso wie seine Tochter Klara werden mit ihren Familien deportiert und umgebracht. Nur sein Sohn Alfred Seligmann mit Frau Hilde (obige Stifterin) gelingt ca. vier Wochen, bevor die Synagogen brennen, die Flucht nach Argentinien.

1950 versucht auch Max Seligmann in Argentinien Fuß zu fassen. Dann geschieht etwas kaum Fassbares: Mit Ausnahme einer Enkelin kehrt die gesamte Familie nach Rosbach zurück! Alfred Seligmann mit Gattin Hilde und Söhnen Jose und Ricardo nebst Max Seligmann und Gattin Maria.



Kennkarte Max Seligmanns aus dem Jahr 1939

Die von der Front zurückgekehrten Soldaten trafen auf eine von sozialer Not und tiefgreifenden Umwälzungen gekennzeichnete Umgebung. Wenn auch die politischen Umwälzungen auf dem Land noch nicht sofort spür-

bar waren. Die wirtschaftliche Not stand auch in vielen jüdischen Familien an erster Stelle. Auch hier beteiligten sich die „Frontkämpfer jüdischen Glaubens“ in gleichem Maße an Linderung der Not deren die es noch schlimmer getroffen hatte. In Hamm gab es z.B. einen Frauenverein, geführt von einem katholischen Pfarrer, in dem jüdische Frauen sehr engagiert Kleidersammlungen organisierten.

Gegen Ende der 1920er Jahre drangen dann u.a. nach der „politischen Umnutzung“ der Dolchstoßlegende und des Schürens des latent vorhandenen Antisemitismus durch die immer stärker werdenden rechtsorientierten Kräfte, nationalsozialistische Parolen und erste praktische Auswirkungen in die überwiegend dörflichen Strukturen.

Mit der Machtübernahme durch die Nazis begann die Zeit der Entrechtung und Verfolgung, die im Völkermord an den deutschen und europäischen Juden durch die Nazis endete.

Dem nationalsozialistischen Terror ist das Landjudentum im Rhein-Sieg-Kreis vollständig zum Opfer gefallen.

DER REICHSBUND JÜDISCHER FRONTSOLDATEN

ABWEHRVEREIN UND INTERESSENVERTRETUNG

Michael Berger

DAS KRIEGSENDE UND DIE ERSTEN JAHRE DER REPUBLIK

Judenzählung, Aufkündigung des Burgfriedens sowie die antisemitischen Exzesse der letzten beiden Kriegsjahre hatten gezeigt, dass die in der Reichsverfassung von 1871 garantierte Gleichstellung von der Stärke der Regierung und der kaiserlichen Macht abhing. Obwohl die deutschen Juden auch im Kaiserreich nach wie vor unter demütigenden Bestimmungen in Staat und Gesellschaft litten und berufliche sowie gesellschaftliche Diskriminierung in vielen Bereichen immer noch an der Tagesordnung waren, fühlten sich die Juden in kaum einem anderen Land so akzeptiert wie in Deutschland.

König und Kaiser hatten durch ihre nahezu uneingeschränkte Macht den im Volk vorhandenen Antisemitismus unter Kontrolle und konnten Ausbrüche und Exzesse verhindern. Die Ereignisse im Umfeld der Dreyfus-Affäre in Frankreich und die ersten Jahre der Weimarer Republik zeigten, dass die neuen Demokratien dazu nicht in der Lage waren.

Doch zunächst bewirkte der Zusammenbruch des Wilhelminischen Kaiserreiches weitreichende Veränderungen. Die neue Republik und ihre Verfassung garantierte den Juden die endgültige und uneingeschränkte Gleichberechtigung. So war es denn nicht verwunderlich, dass ein Teil der deutschen Juden, vor allem unter dem Eindruck der letzten Kriegsjahre ihre Zukunft im neuen demokratischen Deutschland sahen.

Sie beteiligten sich in der Zeit der Revolution und des politischen Umbruchs aktiv an der Neugestaltung Deutschlands. An der Revolution des Novembers 1918 waren einige Juden oder Menschen jüdischer Abstammung beteiligt. Dies erzeugte bei der Masse der deutschen Juden, die eher liberal bis konservativ eingestellt waren, eher Zurückhaltung. Auch fanden die neuen demokratischen Prinzipien der Weimarer Verfassung in erster Linie Zustimmung bei dem Teil der jüdischen Bevölkerung, dem bis zu diesem Zeitpunkt der Zugang zum höheren Staatsdienst verwehrt war.

Die Hauptstadt Berlin, im Kaiserreich und der Weimarer Republik politisches und kulturelles Zentrum, war richtungweisend und exemplarisch für den Rest Deutschlands. Der größere Teil der Berliner Juden unterstützte wie in den Vorkriegsjahren den Linksliberalismus, der in der 1919 unter der Beteiligung prominenter Berliner Juden gegründeten Deutschen Demokratischen Partei seine politische Ausdrucksform fand. Einige traten auch weiterhin als politisch Aktive der linken Parteien auf.

Diese waren in erster Linie das Ziel von Hass und antisemitischer Agitation der Rechten. „Der Jude“ war nun zusätzlich zur Vielzahl der ihm von den Antisemiten verpassten Attributen, als „typischer Revolutionär“ verschrien, wenn er nicht rein zufällig bereits ein „Kapitalist“ war.

Darüber hinaus suchten die rechten Extremisten die vermeintlich Schuldigen für die Niederlage im Krieg. Diese hatte man recht schnell gefunden, im Lager der linken politischen Gruppierungen, bei der jüdischen Bevölkerung und den Demokraten. Antisemitische Aktionen und Gewalttaten begannen zur Tagesordnung zu werden: „Pogromluft weht durch Berlin“, schrieb das Kölner *Israelitische Gemeindeblatt* am 13. Dezember 1918. Die in Wirklichkeit für Krieg und Niederlage Verantwortlichen hatten einen Sündenbock gefunden. Sie begannen unter Zuhilfenahme dunkler Verschwörungstheorien das zu formulieren und zu entwickeln, was später als so genannte „Dolchstoßlegende“ bekannt wurde.

Walther Rathenau, bis 1915 Leiter der Kriegsrohstoffabteilung, in der Weimarer Republik Außenminister, hatte diese Entwicklung früh erkannt. Die Demütigung, die er bei der Ablehnung seiner Bewerbung zum Offizier erfuhr, konnte er nie überwinden. Nach den Ereignissen im Umfeld der Judentzählung schrieb er 1917 an die Schwägerin des Generalfeldmarschalls von Hindenburg: „[...] wenn auch ich und meine Vorfahren nach besten Kräften unserem Land gedient haben, so bin ich, wie ihnen bekannt sein dürfte, als Jude Bürger zweiter Klasse. Ich könnte nicht politischer Beamter werden, nicht einmal in Friedenszeiten Leutnant.“ Zur Situation der Juden in Preußen stellte er fest: „In wirklich kultivierten Ländern, in England, Frankreich, Italien, Amerika gehören sie (die Juden) zu den staatlich positivsten Elementen.“ Walther Rathenau wurde am 24. Juni 1922 von rechten Extremisten ermordet.

Der Historiker Golo Mann schrieb über die ersten Jahre der Weimarer Republik: „Die ungeheure moralische Verwilderung im Zeichen der Niederlage, die folgende totale Verarmung und Deklassierung vieler Millionen Menschen durch die Inflation, Vorgänge, die über den Verstand der meisten durchaus hinausgingen, haben dem Ruf ‚Die Juden sind unser Unglück‘ zum ersten Mal ein starkes Echo verschafft. Ich würde die Behauptung wagen: Nie war die antisemitische Leidenschaft in Deutschland wütender als in den Jahren 1919 bis 1923. Es war die Epoche des ersten großen Erfolges der Nationalsozialisten. Kaum erschien mit dem Ende der Inflation für die Massen neue Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben, so wurde die Bewegung rückläufig.“

In einer Sache hatte Golo Mann sicher Recht, in der Beschreibung der antisemitischen Auswüchse der Jahre nach der Revolution. Not und Elend hatten letztendlich zum Ausbruch gebracht, was schon seit Jahrzehnten im Volk gärte und von Staat und Regierung unter Kontrolle gehalten wurde.

DER REICHSBUND JÜDISCHER FRONTSOLDATEN

Die antisemitische Hetze der Rechten konzentrierte sich in erster Linie auf die Hauptstadt. So kam es in den 1920er Jahren sowohl an den Universitäten als auch in Bezirken, in denen jüdisches Leben und Kultur präsent war, wie zum Beispiel um den Kurfürstendamm und im Scheunenviertel zu Krawallen mit antisemitischen Ausschreitungen. Zur Abwehr der verbalen aber auch tätlichen Angriffe von rechter Seite schlossen sich

die jüdischen Verbände zusammen, leisteten den Betroffenen Hilfe und betrieben Aufklärungsarbeit.

Die Jugendverbände des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten (RJF) und die zionistische Jugend schützten jüdische Einrichtungen, der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) und der Reichsbund antworteten auf Verleumdungen und Lügen mit Flugblättern und Publikationen.

Zahlreiche antisemitische Hetzkampagnen waren gegen jüdische Kriegsveteranen gerichtet. Die Leistungen der jüdischen Frontsoldaten wurden geleugnet, schlimmer noch, sie wurden von den Rechten als Drückeberger diffamiert.

Als Antwort auf diese antisemitische Hetze und zur Abwehr der Verleumdungen sowie ihrer Folgen, die nicht allein vom Centralverein geleistet werden konnte, wurde im Februar 1919 in Berlin ein jüdischer Soldatenbund gegründet. Initiator war der Hauptmann der Reserve Dr. Leo Löwenstein.

Der Gründungssitzung war ein Aufruf zur Gründung eines „Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten“ vorausgegangen, den 51 jüdische Kriegsteilnehmer unterschrieben hatten. Die ursprüngliche Vision war die Einrichtung eines allumfassenden Frontkämpferbundes gewesen, der „unterschiedslos alle die Millionen Frontkämpfer umfasste, die da draußen als gute Kameraden zusammengestanden hatten.“ Diese Idee erwies sich jedoch als nicht durchführbar.

Erste und zentrale Aufgabe des Bundes war die Wahrung der Ehre des jüdischen Frontsoldaten. In Zusammenarbeit mit dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sollte durch gezielte Aufklärung in Form von Kundgebungen, Flugblättern und Büchern, die den Nachweis des Einsatzes jüdischer Soldaten lieferten, den judenfeindlichen Agitatoren der Wind aus den Segeln genommen werden. Gleichzeitig wollte man den ehemaligen jüdischen Soldaten eine „Heimat“ bieten und sie auch bei Bedarf in sozialen Fragen beraten und unterstützen.

Viele jüdischen Soldaten folgten den Aufrufen und traten dem neuen Bund bei. Die schlechten Erfahrungen, die sie im Laufe des Krieges, insbesondere im Zusammenhang mit der „Judenählung“, mit einem

ständig wachsenden Antisemitismus, der zudem nach Kriegsende schlimmer denn je zu sein schien, gemacht hatten, ließ sie die Notwendigkeit einer Interessenvertretung für jüdische Soldaten erkennen.

Schon bald bildeten sich auch in den anderen deutschen Städten Soldatenbünde, die sich 1920 als Ortsgruppen im „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ (RJF) zusammenschlossen. Die zahlenmäßig stärkste Ortsgruppe Berlin hatte 1924 bereits 3.500 und 1928 die stattliche Zahl von 5.000 Mitgliedern. Der gesamte Reichsbund hatte im Zeitraum seines Bestehens stets zwischen 30.000 und 40.000 Mitglieder, der Verband vertrat also mehr als die Hälfte der überlebenden jüdischen Frontsoldaten. Da der RJF sich betont aus parteipolitischen und innerjüdischen Streitfragen heraushielt und alle jüdischen Kriegsteilnehmer gleich welcher Herkunft und sozialen Schicht ansprach, dürfte er bezüglich seiner Struktur ein Spiegelbild der jüdischen Gesellschaft in Deutschland gewesen sein. Seine Organisation als eingetragener Verein entsprach dem vergleichbarer Verbände jener Zeit.

Der Bundesvorstand bestand aus einem inneren Gremium, bestehend aus dem Bundesvorsitzenden, zwei Stellvertretern und sechs Beisitzern. Im Gesamtvorstand saßen außerdem die Vertreter der sechzehn Landesverbände. In den ersten Jahren der Weimarer Republik war die höchste Zahl der Beitritte zu verzeichnen, so dass in den Jahren 1925/26 ca. 500 aktive Ortsgruppen existierten.

Die seit 1921 von der Bundesleitung herausgegebene Verbandszeitschrift *Der Schild* erschien zuerst monatlich, dann vierzehntägig und ab 1934 wöchentlich. Die Zeitschrift berichtete über antisemitische Ausschreitungen und die Aktivitäten des Reichsbundes gegen antisemitische Agitation, später dann auch über die vom Bund geförderten Programme zur jüdischen Siedlung in Deutschland (Reichsbund für jüdische Siedlung, Jüdische Landarbeit G.m.b.H.).

Darüber hinaus erbrachte der RJF in Flugschriften und Büchern den Nachweis des Einsatzes jüdischer Soldaten im Weltkrieg. Dabei spielte der 1932 herausgegebene Band *Die jüdischen Gefallenen*, das Verzeichnis der im Krieg gefallenen deutschen Soldaten jüdischen Glaubens, die noch 1935 veröffentlichten „Kriegsbriefe gefallener Deutscher Juden“ und weitere Publikationen wie die 1924 im Verlag des RJF erschienene Dokumentation *Jüdische Flieger im Weltkrieg* von Felix Theilhaber sowie die von

den einzelnen Ortsgruppen erstellten und den gefallenen Kameraden gewidmeten Gedenkbücher in der Aufklärungsarbeit eine bedeutende Rolle.

Die Ortsgruppen veranstalteten in Eigeninitiative oder im Auftrag des Bundesvorstandes Gedenkfeiern in Erinnerung an die im Krieg gefallenen Kameraden und Kundgebungen sowie Vorträge im Sinne der Aufklärungsarbeit und als Reaktion auf antisemitische Aktionen der Rechten.

Die ersten Aktionen des Reichsbundes waren u.a. Flugblattaktionen, die sich gegen die Flut antisemitischen Propagandamaterials richteten, die vom Deutschen Schutz- und Trutzbund im Umfang von nahezu zwanzig Millionen Flugblättern, Handzetteln und Klebmarken allein im Jahre 1920 verteilt wurde.

Mitglieder der Vorgängerorganisation „Vaterländischer Bund jüdischer Frontsoldaten“, aber auch des neu gegründeten RJF beteiligten sich 1919/20 in der Zeit der inneren Krisen an Selbstschutzmaßnahmen. Kurzzeitig existierte eine verbandübergreifende Selbstschutzorganisation, an der Vertreter der jüdischen Jugendvereine, des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, des Kartells jüdischer Verbindungen und des Kartell Convents beteiligt waren.

Eine der Aktionen des RJF in seiner Anfangszeit ist deswegen zu erwähnen, weil es aus dem Rahmen der sonstigen Aktivitäten des Reichsbundes deutlich herausragt und bezeichnend für die Situation war, in der sich das deutsche Judentum in dieser Zeit befand, zudem ein altes und immer aktuelles Problem, das überall dort auftauchte, wo Antisemitismus fester Bestandteil der Gesellschaft war. Als Antwort auf den Vorwurf der Antisemiten, Juden wären als Kriegsgewinnler zu Reichtum gekommen, rief der RJF im September 1921 eine so genannte „Selbstzuchtaktion“ ins Leben, die im wesentlichen die Aufforderung zu bescheidenem Auftreten enthielt.

Aktivitäten dieser Art waren vor dem Hintergrund der Flut von Angriffen zu sehen, die nicht nur die jüdischen Frontsoldaten, sondern das gesamte deutsche Judentum in die dauernde Defensive trieben, sich vor jedem für alles rechtfertigen zu müssen. Angriffe dieser Art waren dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten als persönliche Erfahrung schon aus der Zeit des Krieges bekannt. Waren unter Soldaten 100 bekannt, die ihren Dienst nicht ordentlich versahen oder sich drückten und war nur ein Jude

dabei, waren die anderen 99 nur „schlechte Soldaten“, der eine war dann der „jüdische Drückeberger“, als Konsequenz waren natürlich alle jüdischen Soldaten „Drückeberger“.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten fühlte sich dazu verpflichtet, nicht nur die Ehre der jüdischen Frontsoldaten, sondern auch die Ehre des gesamten deutschen Judentums zu verteidigen, da diese während des Krieges ja schließlich mit Leib und Leben gedeckt worden war.

Nach den ersten unruhigen Jahren zu Beginn der Weimarer Republik begann eine Phase der relativen Beruhigung der wirtschaftlichen und politischen Situation. Der Reichsbund konzentrierte seine Aktivitäten nunmehr auf die Dokumentation der Teilnahme jüdischer Soldaten am Weltkrieg und der von ihnen erbrachten Leistungen. Diese Zahlen und Tatsachen wurden durch Schriften und Flugblätter und im Rahmen von Kundgebungen der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht mit dem Ziel, antisemitischer Agitation entgegenzuwirken. Darüber hinaus wurde auf Bundesebene und in den Ortsgruppen durch Gedenkveranstaltungen das Andenken der im Krieg gefallenen jüdischen Kameraden geehrt.

Als am 30. Januar 1933 die Machtübernahme durch die Nazis erfolgte, brach für das deutsche Judentum die Zeit der Verfolgung an. Für den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten begann der verzweifelte Kampf um die Ehre und die Rechte der jüdischen Soldaten des Ersten Weltkriegs, ein hoffnungsloser Kampf gegen Entrechtung, Ausgrenzung und Verfolgung. Man war nun einer Macht ausgeliefert, für die der Antisemitismus nicht nur als Bestandteil zu ihrem Parteiprogramm gehörte, sondern die auch bereit war, alle gegen Juden und den ehemaligen politischen Gegner angekündigten Maßnahmen in die Tat umzusetzen. Diese begannen mit pogromartigen Ausschreitungen und dem Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 und fanden ihre Fortsetzung in den Gesetzen, mit denen Juden aus ihren Berufen gedrängt und zunehmend entrechtet wurden, vom Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 bis zur nahezu vollständigen Entrechtung im Rahmen des Reichsbürgergesetzes vom 17. September 1935.

Die Reaktionen der ehemaligen jüdischen Soldaten und Frontkämpfer auf die Machtübernahme durch die Nazis waren recht unterschiedlich. Nicht jeder erkannte die ganze Tragweite und die zu erwartenden Folgen der Naziherrschaft. Auch waren bis 1935 die Signale, die von den Macht-

habern ausgingen, recht unterschiedlich. Auf der einen Seite standen die Ausschreitungen der SA, der Boykott und die Berufsverbote, auf der anderen Seite waren die ehemaligen Frontkämpfer von den Gesetzen, das Berufsbeamtentum und die jüdischen Soldaten betreffend, ausgenommen.

So erhielten auch die ehemaligen jüdischen Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges das im Juli 1934 von Reichspräsident Paul von Hindenburg gestiftete Ehrenkreuz für Frontkämpfer. Von den 100.000 jüdischen Kriegsteilnehmern fielen fast 80.000 in die Kategorie Frontkämpfer. Noch 1935 wurde das Ehrenkreuz für Frontkämpfer im Namen von Hitler auch an ehemalige jüdische Soldaten ausgehändigt.

Ein Teil der ehemaligen Frontkämpfer erkannte jedoch sehr schnell die Gefahr, die von den Nazis ausging und verließen Deutschland wie Edwin Landau, der Leiter einer Ortsgruppe des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten. Edwin Landau wurde orthodox erzogen und war gleichzeitig betont deutsch eingestellt. Von 1914–18 kämpfte er an den Fronten des Ersten Weltkrieges und gründete nach Kriegsende die Ortsgruppe des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten in Deutsch-Krone in Westpreußen. Er führt dort mit großem Erfolg das von seinem Vater übernommene Installationsgeschäft und wird auch Vorsteher der jüdischen Gemeinde. Er legte am Tag des Boykotts jüdischer Geschäfte seine Kriegsauszeichnungen an und erlebte, wie das Vaterland, das er im Weltkrieg verteidigt hatte, plötzlich zum Feind geworden war:

„[...] Auch vor unserem Geschäft postierten sich zwei junge Nazis und hinderten die Kunden am Eintritt. Mir erschien das Ganze unbegreiflich. Es konnte mir nicht einleuchten, dass so etwas im 20. Jahrhundert überhaupt möglich sein konnte, denn solche Dinge hatten sich doch höchstens im Mittelalter ereignet. Und doch war es bittere Wahrheit, dass da draußen vor der Tür zwei Jungen in braunem Hemd standen, die ausführenden Organe Hitlers. Und für dieses Volk hatten wir jungen Juden einst im Schützengraben in Kälte und Regen gestanden und haben unser Blut vergossen, um das Land vor dem Feind zu schützen. Gab es keinen Kameraden mehr aus dieser Zeit, den dieses Treiben anekelte? Da sah man sie auf der Straße vorübergehen, darunter gar viele, denen man Gutes erwiesen hatte. Sie hatten ein Lächeln auf dem Gesicht, das ihr heimtückische Freude verriet. Früher hieß es einmal im Überschwang ‚An deutschem Wesen soll die Welt genesen‘, aber dies hier war schon Satanis-

mus, und es war eigentlich erst der Anfang. Ich nahm meine Kriegsauszeichnungen und legte sie an, ging auf die Straße und besuchte jüdische Geschäfte, wo man mich auch zuerst anhielt. Aber in mir gärte es, und ich hätte am liebsten diesen Barbaren meinen Hass ins Gesicht geschrien. [...]“

In diesem Augenblick brach Edwin Landaus Welt zusammen, er wurde Zionist und wanderte 1934 mit seiner Familie nach Palästina aus.

Der „Aufruf an die deutschen Juden“, den die Bundesleitung des Reichsbundes am 25. Mai 1935 in der Verbandszeitschrift veröffentlichte, zeugt von dem verzweifelten Kampf gegen die Hetzreden der neuen Machthaber. Aufrufe zum Durchhalten waren auch die Politik der anderen jüdischen Verbände. „Jeder bleibt auf seinem Posten“, war die Parole der am 17. September 1933 gegründeten „Reichsvertretung der deutschen Juden“. Mit der Reichsvertretung wurde eine Dachorganisation geschaffen, die im Namen aller deutschen Juden mit den neuen Machthabern verhandeln konnte. Man ging zunächst davon aus, dass sich die Lage in Deutschland bald wieder beruhigen und es auch in dieser Situation eine Zukunft für Juden in Deutschland geben würde. Neben den Zionisten, die ihre Zukunft im Aufbau eines jüdischen Staates in Palästina sahen, und den Juden, die im Centralverein organisiert waren und die Bindung an das Judentum mit ihren deutschen Wurzeln vereinten, gab es die Gruppe der national denkenden Juden, die Deutschland auf keinen Fall verlassen wollten. Zu ihnen gehörten der RJF, der „Verband nationaldeutscher Juden“ und der „Deutsche Vortrupp. Gefolgschaft deutscher Juden“.

So verschieden die Ansichten der einzelnen Gruppierungen auch waren, versuchten sie dennoch im Interesse der jüdischen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, wenn es um die Verteidigung der staatsbürgerlichen Rechte ging. Die Reichsvertretung und die Vertreter der einzelnen Verbände bekundeten in Schreiben an die Reichsregierung ihre Zugehörigkeit zu Deutschland und dem deutschen Volk und forderten gleichzeitig das sofortige Ende von Diskriminierung und Ausgrenzung.

Im August 1934 starb der Reichspräsident Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg. Dieses Ereignis bedeutete für die meisten deutschen Juden, gerade für die jüdischen Frontsoldaten das Ende einer Ära, die fast genau zwanzig Jahre zuvor mit dem Begeisterungstaumel der ersten Augusttage 1914 begonnen hatte. Mit seinem Tod starb die letzte Hoffnung, dass er

noch verhindern könnte, was bereits begonnen hatte. Die Illusion, die viele mit seiner Person als ein Symbol für Recht und Ordnung verbanden, war trügerisch, denn war es nicht Paul von Hindenburg, der Hitler und seinen Genossen den Weg geebnet hatte.

Die Situation der Juden in Deutschland wurde indessen immer unerträglicher. Sie wurden aus dem Staatsdienst ausgeschlossen und aus vielen Berufen verdrängt. Gleichzeitig wurde auf wirtschaftlichem Gebiet ein umfassender antijüdischer Boykott durchgeführt, der die Erwerbsmöglichkeiten weiter minderte. Durch die zunehmende Diffamierung wurde auch die Ausübung der religiösen Praxis eingeschränkt und damit das religiöse Leben im Allgemeinen gehemmt.

Für den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten brachte das Jahr 1935 die Erkenntnis, dass die Rahmenbedingungen für ihre Politik weggefallen waren. Das Gesetz zur Wiedereinführung der Wehrpflicht und das Reichsbürgergesetz vom September 1935 beinhalteten einen vollständigen Ausschluss der deutschen Juden sowohl vom Wehrdienst als auch von den Rechten als Staatsbürger. Der Vorstoß des RJF in einer Eingabe an den Reichswehrminister vom 27. März 1935, in der sich ca. 1.000 ehemalige jüdische Offiziere als „alte Frontoffiziere“ zur Verfügung stellten, hatte keinen Erfolg.

Mit den Gesetzen des Jahres 1935 waren auch die bis dahin geltenden Ausnahmen für ehemalige Frontkämpfer weggefallen. Die Sonderstellung aller Frontsoldaten nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten hatte auch für die jüdischen Frontsoldaten zu Sondervorteilen geführt. Diese Sonderstellung hatte den RJF darin bestärkt, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Mit dem Wegfall dieser Voraussetzungen musste eine Neuorientierung in der Politik des Reichsbundes erfolgen. Der Bundesvorsitzende Dr. Leo Löwenstein bereitete in seinem Aufruf zum jüdischen Neujahrsfest die Mitglieder auf die zunehmend hoffnungslose Situation vor und richtete ihr Augenmerk auf die in Zukunft im Schwerpunkt liegenden Aufgaben des Bundes.

„VOR NEUEN AUFGABEN“

„Am Beginn eines neuen Abschnittes der Geschichte unseres Judentums rüsten wir uns, die höchsten Feiertage unserer Religion zu begehen und die Schwelle eines neuen jüdischen Jahres zu überschreiten. Möge jeder

einzelne sich nach dem Gebote des Glaubens in strenger Selbstprüfung Rechenschaft geben, und aus echter Läuterung und tiefer Gläubigkeit die seelischen und sittlichen Kräfte erneuern, die das Schicksal von Juden fordert.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten betrachtet es auch für die Zukunft als seine Aufgabe,

- als Wahrer des Andenkens und der Ehre von mehr als 12.000 für Deutschland im Kriege 1914–19 gefallener jüdischer Soldaten,*
- als Vertreter vieler Tausender jüdischer Kriegereltern, Kriegerwitwen, Kriegerwaisen und kriegsbeschädigter Kameraden,*
- als Organisation der überlebenden jüdischen Frontsoldaten die Erinnerung an die Ehre und die Leistungen der deutschen Juden im Weltkriege zu halten und die daraus erwachsenden Kräfte auch für die neuen Aufgaben, insbesondere für unsere junge Generation wirksam werden zu lassen. Damit glauben wir, dem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Wohle unserer jüdischen Gemeinschaft in Deutschland zu unserem Teile am Besten dienen zu können. Verwirklichte Kameradschaft, pflichtbereites Verantwortungsbewusstsein seien der Inhalt unseres Judentums. Das ist die Haltung, die unseren herzlichen Wünschen zugrunde liegt, die wir unseren Kameraden, Freunden und Lesern zum Neujahrsfest darbringen.*

Berlin, den 27. September 1935.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

Dr. Leo Löwenstein, Bundesvorsitzender“

Der RJF begann sich nun zum ersten Mal mit dem Problem der Auswanderung zu beschäftigen. Im Oktober 1935 richtete die Bundesleitung eine Stelle für Auswanderung ein und nahm Kontakt mit der englischen jüdischen Soldatenorganisation auf, um mit ihrer Unterstützung die Auswanderung von Mitgliedern nach England zu erleichtern.

Im August 1936 verbot die Gestapo die Verwendung der Abkürzung Rjf für Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und bald darauf erfolgte die Einschränkung der Aktivitäten des Bundes auf die Betreuung der jüdischen Kriegsoffer.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten stellte nach der Pogromnacht vom 9. auf 10. November 1938 so wie auch alle anderen jüdischen Organisationen seine Arbeit ein. Danach unterschied sich das Schicksal der jüdischen Frontkämpfer nicht von dem anderer deutscher Juden. Die jüdischen Frontsoldaten, die im Verlauf des Pogroms verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt worden waren, wurden zwar wegen ihrer Frontkämpfereigenschaften vorübergehend entlassen, viele von ihnen wurden jedoch nur wenig später erneut in Lager verschleppt und dort ermordet.

So endete die Geschichte deutscher jüdischer Soldaten in den Judslagern, Ghettos und KZs.

ANTISEMITISMUS HEUTE

VERUNSICHERUNG IN DEUTSCHLAND

Stephan J. Kramer



*Stephan J. Kramer,
Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland K.d.ö.R*

1945 gab es kein deutsches Judentum mehr. Bis auf einen kleinen Teil, der rechtzeitig auswandern konnte, wurden alle Juden in Deutschland und später auch darüber hinaus, in fast ganz Europa, systematisch entrechtet, deportiert und schließlich fabrikmäßig ermordet. Von millionenfach gemordeten jüdischen Frauen, Kindern und Männern ist nichts übrig geblieben als Namen in Archiven, und noch nicht einmal alle Namen sind bekanntgeworden.

Seither sind mehr als sechzig Jahre vergangen, und in Deutschland leben wieder Juden. Die Zahl der Überlebenden der Shoa wird zwar täglich kleiner. Erst gestern haben wir in einer bewegenden Trauerfeier dem erst kürzlich verstorbenen Professor Dr. Ernst Ludwig Ehrlich gedacht, einem der letzten noch lebenden Schüler Rabbiner Leo Baecks, der hier in diesen Räumen bis kurz vor seine Deportation noch gelehrt hat. Es gibt aber unter uns Nachkriegsgeborene in erster, zweiter, ja dritter Generation und mehr als 200.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion, die sich hier – nicht alle, aber immer mehr – in Deutschland zu Hause fühlen, am

politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen und bereit sind, sich als Deutsche zu betrachten.

Die Neugründung des „Bundes jüdischer Soldaten“ und vor allem auch die immer stärker sichtbaren Aktivitäten des Bundes, wie heute hier in diesem Seminar, das schon gestern in den Räumen und in Zusammenarbeit mit der Konrad Adenauer Stiftung begonnen hat, beweisen, dass Juden in Deutschland wieder ein Zuhause aufbauen wollen und aktiv am politischen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Dazu gehört selbstverständlich auch der Dienst in den Streitkräften der Bundeswehr. Auch der Zentralrat unterhält seit Jahren enge Beziehungen zur Bundeswehr, z.B. durch Mitgliedschaft im Beirat für Fragen der Inneren Führung des Bundesministeriums der Verteidigung.



Das von Alexander Beer entworfene und 1927 eingeweihte Ehrenmal der im Ersten Weltkrieg gefallenen jüdischen Kriegsteilnehmer auf dem jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee. K.d.ö.R

Wir haben gestern am Volkstrauertag auf dem Jüdischen Friedhof in Weißensee auf dem „Ehrenfeld für die im Weltkrieg gefallenen jüdischen Soldaten“ im Rahmen einer Zeremonie mit militärischen Ehren, der jüdischen Gefallenen, aber auch dem unbekanntem jüdischen Soldaten gedacht. Hier liegen auf dem Ehrenfeld 395 jüdische Soldaten beigesetzt.

Kein Geringerer als Rabbiner
Leo Baeck sel.A. sprach bei der

Einweihung des Ehrenfeldes am 27. Juni 1927 folgende Worte: „Es ist ein Denkmal auf dem Friedhofe, in dem Beth Olam, dem Hause der Ewigkeit – der Ewigkeit, das will sagen, dass hier alle Leidenschaften schweigen, alles fern bleibt, was Menschen von einander trennt und gegeneinander erregt. Nicht gegen irgendjemanden ist dieses Denkmal errichtet, nicht ein Stein der Feindschaft will es sein. Für unsere Gefallenen steht es da, für sie und gegen keinen“.

Wer sich tiefgehender für dieses Thema interessiert, dem kann ich nur das Buch *Bis der Krieg uns lehrt, was der Friede bedeutet* von Sabine Hank und Hermann Simon empfehlen.

Die Bundeswehr, vertreten durch den Generalinspekteur, gedenkt seit November 1995 dieser gefallenen Kameraden und pflegt noch dazu die ganze Anlage in einem alljährlichen mehrwöchigen Einsatz. An dieser Stelle möchte ich dem Generalinspekteur, General Schneiderhan stellvertretend, aber auch allen beteiligten Soldatinnen und Soldaten meine Anerkennung und vor allem Dank aussprechen. Dieses Gedenken und die Erinnerung an die jüdischen Gefallenen sind wahrlich keine Selbstverständlichkeit.

Der neugegründete „Bund jüdischer Soldaten e.V.“ der dieses Seminar veranstaltet, knüpft in gewisser Weise an die Tradition einer viel älteren Organisation, nämlich des „Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten“ (RJF) an, aber eben nur in gewisser Weise.

Ich bin sicher, dass niemand hier eine Nachfolge im rechtlichen oder gar historischen Sinne anstrebt, denn weder ist der Bund jüdischer Soldaten der Quantität nach mit dem RJF vergleichbar – dieser hatte fünf Jahre nach seiner Gründung im Jahre 1925 40.000 Mitglieder organisiert in sechzehn Landesverbänden und 500 Ortsgruppen. Mitglied des Bundes konnte jeder jüdische Kriegsteilnehmer werden, der zur kämpfenden Truppe gehört hat. Noch kann eine historische Nachfolge angestrebt sein, denn Schwerpunkte der Tätigkeit des RJF in der Weimarer Republik waren vor allem die Abwehr antisemitischer Vorwürfe und Übergriffe (sowohl in Veröffentlichungen als auch aktiv durch die Organisation eines jüdischen Selbstschutzes), die Ausbildung Jugendlicher in handwerklichen und landwirtschaftlichen Berufen, moralische Schulung, sportliche Erziehung der Mitglieder und Vertretung ihrer sozialen Interessen und, nicht zu vergessen, die Kameradschaftspflege.

In dieser Zeit und vor allem in einer klar antisemitischen gesellschaftlichen Stimmung wurde der RJF gegründet und nahm seine Arbeit auf. Niemand wird also ernsthaft bestreiten wollen, dass wir heute „Lichtjahre“ von einer ähnlichen Stimmung entfernt sind und daher der „Bund jüdischer Soldaten e.V.“ zwar Bezug auf die Tradition jüdischer Soldaten in deutschen Streitkräften nehmen kann und soll, aber bitte keine „Nachfolgebeziehungen“ konstruiert werden sollen. Wir haben eine steigende Zahl jüdischer Soldaten und hoffentlich in Zukunft auch jüdischer Soldatinnen in der Bundeswehr. Nicht zuletzt befinden sich unter den Nachkommen der Zuwanderer immer mehr junge Frauen und Männer, für die der Dienst in der Bundeswehr eine berufliche Alternative, mit dem Willen

zur Verteidigung der neuen Heimat, geworden ist. Diese Soldatinnen und Soldaten brauchen, wenn nicht heute, aber sicherlich in Zukunft eine Organisation, die ihre spezifischen Interessen vertritt. Der „Bund jüdischer Soldaten e.V.“ kann hierzu einen unverzichtbaren Beitrag leisten und darüber freuen wir uns alle.

Leider gibt es aber eine gar nicht so kleine Gruppe von Deutschen, die immer noch die zwölf Jahre Hitler-Barbarei im Kopf haben und sich schwer tun, Juden als Deutsche zu akzeptieren. Auch die Situation im Nahen Osten und der Überlebenskampf des Staates Israel führen dazu, dass Juden in Deutschland immer öfter automatisch als Israelis betrachtet und damit ausgegrenzt werden, wenn sie sich für den Staat der Juden einsetzen und damit ihre Nähe und Verbindung demonstrieren. (Ich will bewusst nicht von Solidarität sprechen, das klingt mir zu kühl, zu distanziert!)

Besonders um den 9. November herum mehren sich die Fragen, ob es denn sechzig Jahre nach Kriegsende nicht an der Zeit sei, endlich mit den ständigen Erinnerungen und Mahnungen aufzuhören und im Zuge des sich weiterentwickelnden Europas die Vergangenheit als bewältigt anzusehen und nur noch in die Zukunft zu schauen.

Wir Juden leben nicht nur in der Vergangenheit. Männer wie Ignatz Bubis sel.A. und Paul Spiegel sel.A. oder Professor Ehrlich sel.A., dem gestern eine Trauerveranstaltung gewidmet war, zeigen dies deutlich. Uns geht es bei unseren Mahnungen nicht vorrangig um mehr Namen auf Gedenksteinen oder mehr Grabstätten, oder gar besondere „Privilegien“ – wie manche fast schon antisemitisch behaupten, sondern um die Warnung für die Zukunft, vor dem Ungeist der Vergangenheit.

Angesichts der steigenden Popularität der Rechtsextremen, bis hin zu Wahlerfolgen der NPD und fast wöchentlich geschändeten jüdischen Friedhöfen, von den stetig steigenden Gewaltakten will ich gar nicht sprechen, müssen wir leider feststellen, dass nicht alle aus der Vergangenheit die nötigen Lehren gezogen haben.

Antisemitismus, also der Hass auf die Juden, ist mehr als 2000 Jahre alt und zunächst religiös begründet, bevor im 19. Jahrhundert die „rassistische“ Komponente dazu kam. Zuweilen wird das Thema Antisemitismus dadurch verniedlicht, dass man von „Wiederauflebendem oder Neuem

Antisemitismus“ spricht. Selbiges würde aber voraussetzen, dass der Antisemitismus – wenigstens für eine gewisse Zeit – verschwunden gewesen wäre. Dies ist jedoch nicht der Fall. Lediglich das Gesicht des Antisemitismus hat sich den jeweiligen Epochen angepasst. Der Antisemitismus gehört in diesen Tagen wieder längst zum guten Ton auf vielen Partys – auch der gehobenen Klassen. Die Enthemmung, mit der die Fratze des Antisemitismus öffentlich wird, ist immer häufiger und ungehörter zu erkennen.

Erkennen wir aber wirklich die Fratze des Antisemitismus immer oder zumindest fast immer? Wie kommt es dazu, dass die einen Müllemanns antiisraelischen Wahlkampfflyer oder Martin Hohmanns Rede nicht als antisemitisch erkennen, während andere sehr wohl zu dem Schluss kommen, dass es sich um Auswüchse des Antisemitismus handelt?

Nach den aktuellen Erhebungen sind zwanzig Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung antisemitisch eingestellt. Dies ist im internationalen Vergleich nicht weniger oder mehr als in den Staaten des benachbarten europäischen Auslands. Also kein Grund zur Sorge – oder etwa doch? Man kann die Situation in Deutschland aufgrund der historischen Ereignisse zwischen 1933 und 1945 eben doch nicht beruhigt zu den Akten legen. Der Präsident des Zentralrats Paul Spiegel sel.A. hat die besondere Situation Deutschlands einst mit einem Patienten verglichen, der einmal eine Lungenentzündung hatte. Wenn ein solcher Patient später einen Husten bekommt, wird jeder Arzt sehr aufmerksam.

Der Husten hat sich in den letzten Monaten und Jahren zu einer kräftigen Bronchitis ausgeweitet, um bei der medizinischen Bildersprache zu bleiben.

Die Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt von einem Anstieg der gewalttätigen Aktivitäten antisemitisch eingestellter Personen. Anschläge gegen jüdische Einrichtungen und Friedhöfe, wie auch Angriffe gegen Personen nahmen in den letzten Jahren stetig zu. Der eliminatorische Antisemitismus ist ein fester Bestandteil nicht nur der Skinhead-Szene. Die Rechtsextremisten haben ihre antisemitische Agitation ausgeweitet und inhaltlich verschärft. Sie nutzen dazu verstärkt das Internet und die Musikszene. Offensiver und aggressiver als in den vergangenen Jahren werden antisemitische Klischees gebraucht. Dies gilt auch immer häufiger für öffentliche Demonstrationen, wo im Schutz der

sogenannten „Meinungsfreiheit“ zumeist braune Kameraden mit „richterlichem Segen“ marschieren können.

Gerade am Beispiel der Neonazis wird deutlich, dass es sich nicht allein um ein juristisches Problem handelt. Zur Lektüre empfehle ich Ihnen das Buch von Andrea Röpke und Andreas Speit *Braune Kameradschaften*. Vielerorts kämpfen Staatsanwälte, Polizisten und Staatsschützer erfolgreich und energisch gegen diese Szene. Vor allem ist es aber ein gesellschaftspolitisches Problem. „Um tolerant zu sein“ führte Umberto Eco schon 1993 in der *ZEIT* aus, „muss man die Grenzen, was nicht tolerierbar ist, festlegen“ und ich füge hinzu, den Bürgern in dieser Gesellschaft auch nachhaltig vermitteln. Diese Grenze, meine Damen und Herren, sollte nicht erst beim militanten Neonazismus liegen, sondern bei den rechten und zum Teil auch linken Ressentiments, dem Abwerten und Ausgrenzen von Flüchtlingen, Behinderten, Homosexuellen, Obdachlosen, Muslimen und Juden, um nur einige wenige Zielgruppen zu nennen.

Durch die gestiegene gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft fühlen sich die Rechten als die wahren Volksvertreter bestätigt und angespornt, weiter für Volk und Vaterland zu marschieren.

Nicht nur moralische Appelle, sondern ständiger und öffentlicher Widerspruch gegen rechte und linke Alltäglichkeiten sind notwendig. Gegen diese Ressentiments versuchen verschiedene Bildungs- und Selbsthilfeinitiativen zu sensibilisieren. Doch die unterschiedlichen Träger dieser Aktivitäten, ebenso wie die wenigen Hilfsorganisationen für Opfer rassistischer und neonazistischer Gewalt, können kaum eine nachhaltige Wirkung entfalten, da sie stetig um ihre Finanzierung bangen müssen, trotz bestehender Bundesprogramme.

In der Öffentlichkeit wird das enge Zusammenwirken von NPD und Kameradschaften nur allmählich wahrgenommen. Aber längst bilden NPD und „Freie Kameradschaften“, deren Aktivisten nicht vor kriminellen Aktionen zurückschrecken, eine gefährliche Allianz. Der Schatten der NPD verdeckt oft das Netzwerk der Kameradschaften. Die Erfolge der NPD bei Kommunal- und Landtagswahlen können sich sehen lassen und vor allem lassen sie Schlimmes befürchten – für die Wahlen im kommenden Jahr!

Die Rechten sind nicht erst eine Gefahr für die offene Gesellschaft, wenn sie in den Parlamenten sitzen. Die „Freien Kameradschaften“ führen vor

allem im außerparlamentarischen Raum den Kampf um die Straße und die Köpfe und bereiten so den Boden für die offizielle parlamentarische Arbeit der Nationalisten. Gerade die zwölf- bis achtzehnjährigen Jugendlichen werden zunehmend durch Angebote der rechten Jugendorganisationen erfolgreich umworben. Kulturelle und politische Veranstaltungen etablierter Gruppen, Vereine und demokratischer Parteien werden immer öfter durch rechte Agitatoren unterwandert und schließlich für eigene Zwecke missbraucht.

Die Geschichte hat gezeigt, dass sich der Antisemitismus nie völlig auslöschen ließ. Die entscheidende Frage für uns ist, wie wir den Prozentsatz der „Infizierten“ so klein wie möglich halten können.

Ich fasse zum Abschluss zusammen: Wenn wir von Menschenrechten sprechen, so müssen dies Menschenrechte für alle sein, und wir müssen mehr Respekt vor der Würde eines Jeden bezeugen. Auch, wie es die Bibel ausdrückt, „für den Fremden in Eurer Mitte“. Das heißt auch, keine Fremdenfeindlichkeit, kein Rassismus, kein Antisemitismus. Gerade in unserem sich immer weiter vergrößernden Europa ist es wichtig, diese Lehren zu ziehen und bei der friedlichen Gestaltung der Zukunft die geschichtliche Vergangenheit, unter der Europa so viel gelitten hat, weder zu verdrängen noch zu vergessen.

Die Geschichte Deutschlands und besonders die Zeit des Nationalsozialismus darf nicht als Last, sondern muss als Herausforderung begriffen und angenommen werden. Es gibt keine deutsche Kollektivschuld, aber wohl eine Kollektivverantwortung, für alle gleichermaßen: Juden, Christen, Muslime, Andersgläubige und Atheisten. Es gilt dafür persönlich einzustehen, dass sich Gleiches niemals wiederholen darf. Dabei geht es nicht um die Verfolgung von Juden allein, sondern um jede Form von Diskriminierung einer Minderheit in unserer Gesellschaft. Dazu gehören Behinderte, Schwule und Lesben, Sinti und Roma, Senioren und viele andere, die plötzlich Teil einer Minderheit sein können.

Der Holocaust hat jede Normalität im Zusammenleben von Juden und nichtjüdischen Deutschen zerstört. Und die von Klemperer und anderen in den Jahren zuvor empfundene Normalität hat sich als ein gefährlicher Traum entpuppt. Trotz allem möchte ich an der Hoffnung festhalten, dass in den kommenden Generationen jüdisches Leben in Deutschland selbstverständlich akzeptiert, ja normal sein wird.

Ich bin kein Träumer! Zur Normalität gehört leider auch der Antisemitismus einer Minderheit. Zur Normalität gehört, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung anerkennt: Ein jüdischer Deutscher ist ein Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit den selben Rechten und Pflichten wie jeder andere Deutsche auch. Zur Normalität gehört, dass die Verletzungen, unter denen die wenigen Überlebenden und ihre Kinder leiden, von den Kindern der Täter wahrgenommen und im Umgang miteinander berücksichtigt werden. Zur Normalität gehört aber auch, dass Jüdischsein nicht auf den Holocaust begrenzt ist, dass jüdische Kultur in ihrer historischen Dimension und wie sie heute wieder in Deutschland existiert, wahrgenommen wird. Zur Normalität gehört, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bereit ist, geradezustehen für die Existenz dieses Lebens und einzuschreiten, wenn es bedroht und verletzt wird. Nur wenn dies gelingt, ist ein normales, gleichberechtigtes Zusammenleben von Juden und Nichtjuden möglich.

Ignatz Bubis sel.A. hat einmal gesagt: „Ich wünsche mir sehr, dass der Satz: „Ich bin ein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ einmal für viele in Deutschland lebende Juden selbstverständlich wird. Und ich wünsche mir, dass die nichtjüdischen Deutschen ihn zunehmend akzeptieren. Aber ich weiß, dass es noch Generationen dauern kann, bis das gelingt. Bis dahin leben meine Familie und ich als Juden in Deutschland.“

AUTOREN UND HERAUSGEBER

Hauptmann Michael Berger
Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Vorsitzender des Bundes jüdischer Soldaten (RjF) e.V., Berlin

Hauptmann Michael Esser
Offizier für Standortangelegenheiten Bonn, Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundes jüdischer Soldaten (RjF) e.V., Berlin

Michael Fürst
Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Ehrenvorsitzender des Bundes jüdischer Soldaten (RjF) e.V., Hannover

Oberst Bernhard Gertz
Bundesvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bonn

Andreas Kleine-Kraneburg
Leiter der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin

Stephan J. Kramer
Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland K.d.ö.R., Berlin

Oberstleutnant i.G. Dr. Gideon Römer-Hillebrecht
Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab der Streitkräfte, 1. Stellv. Vorsitzender des Bundes jüdischer Soldaten (RjF) e.V., Berlin

General Wolfgang Schneiderhan
Generalinspekteur der Bundeswehr, Bonn

ANSPRECHPARTNER

Andreas Kleine-Kraneburg

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Leiter der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung

E-Mail: Andreas.Kleine-Kraneburg@kas.de

Internet: <http://www.kas.de>

Michael Berger

Bund jüdischer Soldaten (RJF) e.V.

Vorsitzender des Bundes jüdischer Soldaten (RJF) e.V.

E-Mail: Kontakt@BundjuedischerSoldaten-rjf.de

Internet: <http://www.bundjuedischersoldaten-rjf.de>

Stephan J. Kramer

Zentralrat der Juden in Deutschland

Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland

E-Mail: info@zentralratjuden.de

Internet: <http://www.zentralratjuden.de>